



Dreiheitlicher Abonnementpreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb inkl.  
Postz 2 Thlr. 15 Sgr. — Sonntagsabgabe für den Raum einer  
fünfzigstel Seite in Zeitung 5 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-  
anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag  
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 43. Morgen-Ausgabe.

Vierundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonntag, den 26. Januar 1873.

## Abonnements-Einladung.

Die unterzeichnete Expedition lädt zum Abonnement für die Monate Februar und März ergeben ein.

Der Abonnementpreis für diesen Zeitraum beträgt in Breslau 1 Thlr. 10 Sgr., auswärts inclusive des Postzuschlages 1 Thlr. 20 Sgr., und nehmen alle Post-Anstalten Bestellungen hierauf entgegen.

Breslau, den 26. Januar 1873.

Expedition der Breslauer Zeitung.

## Die Urtheile über Napoleon.

Die Aufnahme, welche die Lodesnachricht Napoleons in anderen Ländern gefunden, hat für uns etwas höchst Bestreitbares gehabt. Es zeigt sich, daß der Verstorbenen den Engländern ein sympathischer Gast gewesen; nicht allein der Hof und die Aristokratie, sondern auch das Volk hat einer Stimmung Ausdruck gegeben, die sich jedesmal zeigt, wenn ein allgemein bekannter und verdienter Mann seine Laufbahn beschließt. Im italienischen Parlamente wurde des Verstorbenen mit den höchsten Ehren gedacht, und wenn die radicale Partei in diese Lobeserhebungen nicht einstimmte, so hatte dies seinen Grund nicht darin, daß sie dieselben für unbegründet hält, sondern in freundlicher Rücksichtnahme auf die französischen Radikalen. In keinem Lande aber ist das Todtentgericht über den Dahingeschiedenen ein so stenges gewesen, als in Deutschland. Selbst in Frankreich nicht. In Frankreich schlugen die Leidenschaften des Hasses und des bestrideten Nachgefühls in hellen Flammen auf. In Deutschland dagegen wurde das Verwerfungsurtheil mit leidenschaftlosem Tone abgegeben, aber es lautet nur um so vernichtender.

Aus der Schweiz meldet man jetzt Näheres über die Art, wie die Diözesan-Conferenz des Bisdoms Basel, welche am 27. d. Mts. zusammentritt soll, gegen den Bischof Lachat weiter vorzugehen gedenkt. Es sind sehr entschiedene Resolutionen ins Auge gesetzt. So wird die Regierung von Thurgau beantragen, daß dem Bischof von Basel die bei seiner Wahl ertheilte Staatsgenehmigung entzogen und damit die Amtserledigung ausgesprochen werden soll; daß ferner ihm die Ausübung einer jeden weiteren Function in den zur Diözese gehörenden Cantonen zu unterlagen und an diese die Aufforderung zu erlassen sei, die bischöflichen Einkünfte einzuweilen nicht mehr auszubezahlen und die betreffenden Foundationen mit Sequester zu beladen; daß endlich das Domcapitul einzuladen sei, einen Bisdoms-Berweser ad interim zu bestellen, und inzwischen auch weitere Verhandlungen über die Revision des Diözesanvertrags unter den Cantonen und mit dem Domcapitul zu eröffnen seien.

Das Urtheil über Napoleon ist immer mähevoller, immer abgewogen geworden. Wir sind gewissen Seiten seines Strebens gerecht geworden. Seine italienische Politik, wenn auch von Selbstsucht nicht frei, war klüger und redlicher, als die, welche seine Vorgänger befürwortet hatten. Ein volkswirtschaftlicher Einsicht war er seinem Volke weit voraus. Der Wissenschaft hat er manchen guten Dienst geleistet. Das dürfen wir unbesangen anerkennen. Wer aber in Deutschland jemals gewagt hat, über diese Anerkennung einzelner Leistungen hinauszugehen, und der Person selbst den Tribut der Bewunderung und des Ruhms darzubringen, ist stets ohne Nachsicht der Verachtung verfallen. Es als ein Zeichen stiftlicher Perversität, diesem Charakter Sympathieen darzubringen.

Wir wissen es heute recht wohl, daß die furchtbaren Blutthainen des 2. December, die grausamen Deportationen nach Cayenne nicht seinem Befehle zur Last fallen. Er hat sie nicht angeordnet, sondern nur gebuldet. Seit St. Arnaud und Morin tot sind, fällt ihm keine Handlung, die auf blutdürftigen Charakter schließen läßt, mehr zur Last. Wir wissen, daß ein folterndes körperliches Leiden seit Jahren an ihm genagt, die Klarheit seines Blickes getrübt, die Festigkeit seines Entschlusses gelähmt hat. Alle diese Umstände können das Urtheil über ihn mildern, ihm eine schonendere Form geben, aber sie können uns mit ihm nicht versöhnen, nicht unsere Antipathieen gegen ihn bestätigen, noch hindern, daß das Schlussurtheil verwerfend lautet.

Von der einen Seite legt man der kaiserlichen Regierung den Verfall Frankreichs zur Last, nicht allein den politischen, sondern auch den moralischen. Der Entstiftung, die vom Throne ausging, sollen die bösen Zustände zu danken sein, an denen das Volk krankt. Selbst die entseitige Entartung der Kunst, der unlängst Rückgang der Wissenschaft wird dem Kaiserthum Schuld gegeben. Von der andern Seite wird das Kaiserthum nicht als die Ursache, sondern als die Folge des französischen Verfalls dargestellt. Frankreich, heißt es, habe keine andere Regierung mehr extragen können. Beide Urtheile ledten an übertriebener Einseitigkeit. Mit dem ersten will man die französische Nation reinwaschen von der Schuld, die ganz unleugbar auf ihr lastet; mit dem anderen will man ein Verwerfungsurtheil über eine ganze Nation fällen, zu welchem Niemand berechtigt ist. Was seit dem 4. September 1870 in Frankreich vorgegangen ist, berechtigt nicht zu der Hoffnung, daß es diesem Lande gelingen werde, bald zu consolidenten Zuständen zu gelangen; aber andererseits steht doch auch fest, daß die kaiserliche Regierung gefallen ist, weil sie selbst den Franzosen zu schlecht geworden war.

In einer Unterhaltung, die der Kaiser in den letzten Tagen seines Lebens geführt hat, soll er gedauert haben, er sei zur Regierung gelangt durch die Legende vom dem kriegerischen Großthaten seines Onkels. Diese Legende setzt allerdings zerstört; dafür aber hinterläßt er seinen Nachkommen die Legende von einer zwanzigjährigen Regierung voll ungefürsteten bürgerlichen Friedens und wachsenden Wohlstandes. Der Vergleich ist theils schief, theils offenbar falsch. Schief, denn die „Legende“ ist eine Fälschung der Geschichte. Die französischen Historiker, voran Thiers, haben die Thatsachen verschämt und die Thaten des ersten Kaisers mit einer Strahlenkrone umgeben, die ihnen nicht gebührt. Ob sich ein Geschichtsschreiber finden wird, welcher die Geschichte der Regierung Napoleons III. in gleicher Weise fälschen wird, steht doch noch dahin. Ohne eine solche Fälschung wird aber Niemand an diese Periode des Friedens und des Wohlstandes glauben. Ihr stehen entgegen Mexico und das riesige Anwachsen der nationalen Schuld.

Breslau, 25. Januar.

In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde eine Menge von Gesetzentwürfen untergeordneter Bedeutung erledigt. Nach den aufregenden Debatten der letzten Tage ist eine gewisse Ruhe eingetreten; die Wortführer der Parteien sammeln neue Kräfte zu den noch in Aussicht stehenden kirchlichen Kämpfen. Der Besluß der katholisch-staatlichen Commission, die notwendigen Verfassungsänderungen zunächst zur Beratung zu stellen, wird jedenfalls im Plenum die Majorität erhalten; während der 21 Tage, die ver-

die Commission die Gesetzentwürfe selbst zur Beratung im Plenum vorbereiten. Das Letztere aber benutzt den Zwischenraum zur Durchberatung des Staats, so daß der Schluß der Session doch nicht zu weit hinausgeschoben zu werden braucht.

Große Heiterkeit hat die insbesondere von ultramontanen Organen verbreitete Nachricht erregt, daß der ehemalige Ministerpräsident v. Manteuffel an Bismarck's Stelle berufen werden könne. Eine so kolossale Unkenntnis der Personen und der Sachlage charakterisiert die ganze Partei. Wer nur einigermaßen die Verhältnisse kennt, weiß, daß von Herrn v. Manteuffel nie wieder die Rede sein kann. Wir glauben wohl, daß der Sturz Bismarck's im Lager der Ultramontanen den höchsten Jubel erregen würde, aber der Brief des Kaisers an den Reichskanzler liefert den besten und sichersten Beweis, daß der so lebhafte Gedanke Wunsch eben nur ein Strommer ist und ein Strommer bleiben wird. Nun, die Herren lieben es ja, mit ihrer Frömmigkeit zu renomiren.

In Österreich scheint die Regierung nunmehr ernstlich daran zu denken, die Nothwahlen auszuschreiben. Darauf deutet mindestens das Schreiben hin, welches das Präsidium des Abgeordnetenhauses an die fehlenden Mitglieder aus Krain, Tirol, Vorarlberg und Steiermark gerichtet hat. Mit diesem formellen Schritte ist, wenn derselbe erfolglos bleibt, die Möglichkeit der Ausschreibung der Nothwahlen nach vierzehn Tagen gegeben. Was das mutmaßliche Ergebnis der Nothwahlauschrift anbelangt, so wird von liberaler Seite in Tirol behauptet, daß die Möglichkeit gegeben sei, fünf verfassungstreue Wahlen durchzusehen. Weniger günstig stehen allerdings die Chancen in Krain, obwohl auch da die Möglichkeit einzelner Erfolge keineswegs ausgeschlossen ist.

Aus der Schweiz meldet man jetzt Näheres über die Art, wie die Diözesan-Conferenz des Bisdoms Basel, welche am 27. d. Mts. zusammentritt soll, gegen den Bischof Lachat weiter vorzugehen gedenkt. Es sind sehr entschiedene Resolutionen ins Auge gesetzt. So wird die Regierung von Thurgau beantragen, daß dem Bischof von Basel die bei seiner Wahl ertheilte Staatsgenehmigung entzogen und damit die Amtserledigung ausgesprochen werden soll; daß ferner ihm die Ausübung einer jeden weiteren Function in den zur Diözese gehörenden Cantonen zu unterlagen und an diese die Aufforderung zu erlassen sei, die bischöflichen Einkünfte einzuweilen nicht mehr auszubezahlen und die betreffenden Foundationen mit Sequester zu beladen; daß endlich das Domcapitul einzuladen sei, einen Bisdoms-Berweser ad interim zu bestellen, und inzwischen auch weitere Verhandlungen über die Revision des Diözesanvertrags unter den Cantonen und mit dem Domcapitul zu eröffnen seien.

Über das Verhältnis der päpstlichen Curie zum Königreiche Italien schreibt man der „R. 3.“ unter dem 19. d. M. aus Rom: „Wer die neuesten Neuersungen des Papstes und nach ihnen den Protest näher erwog, den die für specielle Organe des Vaticans gehaltenen Blätter als canonistisches Gutachten der Curie wider das Privatcomite des Abgeordnetenhauses eben veröffentlicht, wird sich überzeugt haben, daß der Schwerpunkt der Streitfrage zwischen Vatican und Ouirinal nach clericaler Auffassung aus der Persönlichkeit des Königs von Italien und des Papstes Pius IX. nach der entgegengesetzten Seite hinüberfiel, so daß die persönliche zu einer reinen Principienfrage geworden wäre. Ein Regierungswandel in der savoyischen Dynastie würde daher eben so wenig zu einer Verständigung der Streitenden wesentlich beitragen, wie andererseits ein früheres oder späteres Conclave, bevor nicht eine Modalität nach der Seite hin durchgeführt wird. Doch diese wird immerhin schwer sein, da nach dem Syllabus nur Individuen, nicht aber Prinzipien vergänglich sind. Hieran wird der Papst, man täusche sich nicht, auch die wider Deutschland eingetretene Stellung festzuhalten suchen; ob mit Erfolg, das ist eine andere Frage, auch wenn er bei seinen Entschlüsse sich nicht, wie oft geschah, von jedem Lustzuge des Augenblicks hin- und herdrehen und winden ließe. Daß er vor dem vaticanischen Concil zu dem Grundsatz „hac fini oderis, tanquam fortasse post amatus“ sich nicht allein bekannte, sondern sein Handeln auch danach einrichtete, ist nicht bloß seiner näheren Umgebung bekannt; ob aber die Verfasser des Syllabus nach dem Concil etwas davon übrig ließen oder als schädlich verfügten, ist fraglich. Die in diesen Tagen hier in Umlauf gesetzte anonyme Broschüre: „Il partito cattolico in Italia“ für deren Verfasser der sonst liberale Cardinal Mertel mit Utrecht gehalten wird, müßte vom Vatican aus in ganz anderer Weise beurtheilt werden, wäre vom Papste noch eine versöhnliche Stimmung zu hoffen. Die entzündeten katholische Partei wird von dem Verfasser, welcher in der Vorrede eine erhabene Person als Ausstrager der Arbeit und sich selber als einen gereisten, durch die Erfahrung zum Urtheilen Berechtigten bezeichnet, in aller Weise in Schutz genommen; aber er sagt ihr auch, daß sie, sollte sie sich nicht selber vernichten, für die Unabhängigkeit, Freiheit und Einheit Italiens mit den übrigen einzustehen haben. Die Wirkung der Doctrinen der Schrift dürfte in den clericalen Kreisen keine gewöhnliche sein, weshalb die Sanfedisten sie allerwege verteidigen.

In Frankreich werden die republikanischen Blätter über das Verhalten des Herrn Thiers dem Dreißigerausschuß gegenüber immer unruhiger: So schreibt der „Tempo“: „Man weiß recht gut, worauf es die Majorität im Grunde abgesehen hat. Sie möchte Herrn Thiers die Regierung entreißen und dieselbe an sich bringen, um sie unter dem Deckmantel seines Credits, seines Ansehens, seiner Beliebtheit fortzuführen. Das ist nicht übel ausgedacht. Nur gehört dazu die Zustimmung des Herrn Thiers und sogar noch etwas mehr, nämlich die Zustimmung der öffentlichen Meinung, welche wahrscheinlich den Präsidenten im Stich lassen würde, wenn er sich dazu verstände vor den Rechten der Nationalversammlung in Schatten zu treten.“ Dazu bemerkt dann die „Republique française“: „Sehr richtig und treffend gesagt! Herr Thiers ist also bei Zeiten vor dem Fallstrick gewarnt, welchen man ihm gelegt hat. Wir können nur hinzufügen, daß nicht wahrscheinlich, sondern ganz gewiß die öffentliche Meinung Herrn Thiers im Stich lassen würde, wenn er sich selbst im Stich ließe. Alles hat seine Grenze, auch die Geduld des Landes, welches sich über so viele unnütze Zugeständnisse an Parteien, die doch unversöhnlich sind, wundert und beunruhigt.“ — Das „Siecle“ sagt: „Die Organe der Reaction wollen uns glauben machen, daß man nur im Namen der parlamentarischen Regierung die jämmerlichen Komödien in Versailles spielt und daß im Namen der parlamentarischen Freiheit die Dreißiger-Commission uns das bekannte abstoßende Schauspiel zeigt. Das ist ein sonderbar gewählter Weg, in Frankreich den Parlamentarismus einzubürgern. Wir sind vielmehr der Ansicht, daß eine Versammlung die Wege des Despotismus vorbereitet, wenn sie, da sie das nicht durchführen kann, was sie will, nun das nicht thut, was sie thun könnte. Es liegt darin eine große Gefahr für die politische Erziehung des Landes.“

Was die gegenwärtigen Preszverhältnisse in Frankreich betrifft, so sind

dieselben auch nicht erträglich. Die „Liberté“ berichtet: „Es besteht, wie uns schon bekannt war, an der Grenze eine präventive Censur für die auswärtigen Blätter. Darin wie in vielen anderen Dingen ist die Republik lediglich in die Fußstapfen des Kaiserreichs getreten. Gewisse Blätter bleiben ganz und gar verboten; andere werden nach einem ganz neuen System nur sozusagen in einem entmantelten Zustande, nachdem nämlich die Censurschere die mißfälligen Stellen aus ihnen ausgeschnitten, an ihren Bestimmungsort befördert. In solchem Zustande erhielten wir heute früh eine Nummer der „Gazette du Valais“ vom 19. Januar, welche wir der Behörde zur Verfütigung halten.“ — Die deutschen Blätter wurden übrigens in der letzten Zeit regelmäßig und unverföhrt ihren Abonnenten zugestellt; wenigstens hat von keiner Klage verlaufen.

In den englischen Blättern wird noch immer die mittelasiatische Frage von den verschiedensten Seiten her beleuchtet. Die „Morning Post“ nahtlich behauptet, daß Graf Schwaloff den Zweck seiner Mission nicht erreicht habe. Anderer Meinung ist indeß die „Times“, welche die ganze Frage (siehe die tel. Dep. a. Schlüsse der Zeitung!) von ihrer Erledigung nicht mehr fern hält.

In Spanien scheint es von allerhand Intrigen zu wimmeln. Eine der „N. Fr. Pr.“ aus Madrid zugegangene Mitteilung gibt die Möglichkeit eines Cabinetswechsels zu und nennt ein Ministerium Cordoba als auf der Schwelle des Tages stehend. Cordoba ist enragierter Anti-Reformer. Das würde alles erklären. Gerade in den leitenden Kreisen der spanischen Gesellschaft wächst nämlich diese Agitation gegen die vom Ministerium für die Antillen geplanten Reformen mit großem Ungeheuer. Wurde doch bereits telegraphisch gemeldet, daß die mit soviel Pomp in Scene gesetzten Municipal-Reformen für Puerto-Rico plötzlich veragt sind. Der Madrider Correspondent der „N. Fr. Pr.“ skizziert den Inhalt eines Manifestes dieser mit dem Namen „Nationale Liga“ prunkenden Verbindung von Reformseinden und Anhängern der Sklavenzüchter wie folgt:

Das Manifest ist an die Nation gerichtet und ein Werk Ayala's, dessen Gestaltung in dieser Richtung schon vom Jahre 1869 her, wo er Colonialminister war, bekannt sind; es sucht zu beweisen, daß die Brasilianar-Reformen, welche auf Antrag Morel's im Jahre 1870 zu Gunsten der Sklaven-Emancipation votiert wurden, die ganze civilisirte Welt befriedigt hätten, und daß jedes weitere Vorgehen auf unbestimmte Zeit verhindert werden müsse, wenn die Antillen nicht unrettbar verloren sein sollen. Zu dieser Beweisführung wird alles Erdenliche, richtig oder nicht, wenn es nur Klang hat, ins Gegecht geführt. Sogar Prim wird beschuldigt, mit dem Gefundenen der nordamerikanischen Staaten vertrauliche Verhandlungen über den Verlauf Cubas unterhalzen zu haben, aus welchem Grunde Lopez, Balaguer und andere Männer von Belang das Manifest auch nicht unterfertigt hätten. Die in dem Manifest vor kommenden Sylogismen erinnern häufig an den alten deutschen Studentenfuchs: Alles, was schwer ist, muß von Ohren gezogen werden; das Studium der Philosophie ist schwer, folglich muß es von Ohren betrieben werden.“ Die National-Gitelkeit wird einerseits lieblich angeworben, andererseits durch Verweisung auf einen von Washington her ausgeübten Druck, welchem angeblich die Regierung jetzt gebordet, wird gestellt. Das Manifest schließt mit den Worten: „Noch größeres Unglück, als die Antillen zu verlieren, wäre es für Spanien, ihrer Verlust verdient zu haben.“ Dieser an die sogenannten „theatralischen Abzüge“ erinnernde Aufruf spricht jedoch kaum zu Gunsten der verfochtene Sache; denn einmal die Möglichkeit des Verlustes zugegeben, erscheint es kaum zweifelhaft, ob es edler im Gemüth der Nation, früher die Emancipation gegeben zu haben oder nicht. Nach der „Correspondencia“ hat der Verfasser des Manifestes eine Zustimmungs-Erklärung von Seite der Liga verlangt und soll deshalb ein besonderes Meeting stattfinden. Ginstweilen ist das Manifest ballenweise in die Provinzen versendet.

Die Camarilla, fügt die „N. Fr. Pr.“ dann hinzu, scheint im Madrider Palaste wieder einmal die Oberhand zu haben. Sobald, wie dieser Tage geschah, der gewiegte Intrigant Serrano dort erscheint, ist auch jedesmal eine Krise gefolgt. Heißt es doch schon, der König zaubere, die Elternsgeföhne zu sanctionieren.

Eine New-Yorker Correspondenz der Londoner „Daily News“ lenkt die Aufmerksamkeit auf die famose Depesche, welche die Vereinigten Staaten an Spanien, betreffs Cuba's gerichtet haben. Der Correspondent bemerkt, daß in New-York sich nur wenig Besorgniß, betreffs der Politik, welche die Regierung jetzt einschlagen werde, bemerklich mache. Herr Fish sei als Gegner jeder activen Einmischung in die Cubanische Revolte bekannt. Ein Umschlag der Politik der Vereinigten Staaten, welche den Sympathien für Cuba in New-York und Boston einen freien Lauf gewähren und die Wachsamkeit der Regierung mindern würde, dürfte, wie der Correspondent glaubt, nicht allein einer Majorität des Volkes, sondern dem Präsidenten Grant selber Erleichterung bringen. Die so eben veröffentlichte Depesche scheine darauf berechnet zu sein, daß öffentliche Gemüth auf irgend eine Action seitens der amerikanischen Regierung vorzubereiten. Mit Bezug auf die Abtreitung der Bucht und Halbinsel von Samana an eine Compagnie amerikanischer Kaufleute bemerkt die Correspondenz, daß wenn diese Compagnie ihr werthvolles Besitzthum hinlänglich beschützt haben sollte, sie ihre eigene Flagge mit sich nehmen müsse. Die Annexion von San Domingo mit den Vereinigten Staaten werde dann nur eine Frage der Zeit sein, und die Annexion von Hayti werde vielleicht folgen. General Grant sei wissenlich geneigt, die amerikanische Flagge in Westindien aufzurichten, und er habe seinen Plan zur Erwerbung von San Domingo niemals aufgegeben.

## Deutschland.

△ Berlin, 24. Januar. [Die Verfassungsänderung. — Die Beamten und die Actiengesellschaften. — Die Eisenbahnen vorlagen.] In der clericalen Fraktion herrscht die größte Aufregung über den Verlauf der Beratungen in der Commission über die Kirchenvorlagen. Durch den Einwand, daß die Verfassung zuvor abgeändert sein müsse, glaubte man, werde das Zustandekommen der Gesetze in der gegenwärtigen Session unmöglich. Nun stellt sich heraus, daß durch Aussonderung eines besonderen Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Zeitverlaufs, der im Abgeordnetenhaus und Herrenhaus wegen der zweimaligen Beratung mit 20 Tagen Zeit zu verpenden ist, erheblich abgekürzt wird, indem ja die Commissionsberatungen über die vier Gesetze inzwischen von Fortgang sein können. Referent Greith, welcher durch das Zeitminimum, das er vermittelst Dictats an Stenographen auf umfangreiche Berichte verwendet, bereits in der Concessionszeit sich ausgezeichnet hat, wird schon heute Abend den Bericht über die Verfassungsänderung der Commission vorlesen; es ist sodann Vorrichtung getroffen, daß die Nacht durch den Bericht gesetzt wird und morgen Abend gedruckt zur Vertheilung kommt. Dann würden die zweite und dritte Beratung der ersten Lesung in der nächsten Woche vollendet sein; die zweite Lesung könnte somit schon um den 22. oder 23. Februar stattfinden. Im Herrenhause könnten ferner, wenn keinerlei Abänderung beliebt würde, beide Lesungen bis 20. März beendet

sein, und hierauf die Verfassungsänderung publiziert werden. — Bezeichnet ist, daß die drei Mitglieder, welche die Altkonservativen in die kirchliche Commission entsendeten, sämtlich protestantische Pietisten sind, so daß bei der Berathung der betreffenden Gesetze schließlich in der altkonservativen Fraction die Pietisten über die religiösen freimütingen Mitglieder die Mehrheit erlangt haben. Die drei genannten sind Kittergutsbesitzer Holz aus Hinterpommern, Landrat Graf Schweinitz aus Schlesien und Kittergutsbesitzer Sack aus der Niederlausitz. — Es ist eine auffällige Erscheinung, daß der Gesundheitszustand derjenigen Staatsbeamten, welche sehr lucrative Verwaltungsrathsposten in Amtsgesellschaften bekleiden, gegenwärtig, wo ein Verbotsgebot in sicherer Ausicht steht, sich durchschnittlich als recht schlecht herauftstellt. So nahmen zum Beispiel vor Kurzem zwei Beamte, die kaum 45 Lebensjahre hinter sich haben, aus „Gesundheitsrückstichten“ den Abschied, sezen aber trotz dieses trostlosen Gesundheitszustandes ihre Funktionen im Aufsichtsrath der Westend-Gesellschaft ungestört fort. Es sind der Regierungsrath Bähling, bekannt durch seine Leistungen im Polizeiausschuss (er war zuletzt bei der ersten Abtheilung des Berliner Polizei-Präsidenten als Hilfsarbeiter beschäftigt und erhält dafür nach dem Abgeordnetenhaus-Drucksachen 1871 wenig über 1000 Thlr. Remuneration), und ferner der Regierungsrath im Bundeskanzleramt W. Jungermann, ehemals kurhessischer demokratischer Abgeordneter, Redakteur des „Frankfurter Journal“ und Berichterstatter über die vielen volkswirtschaftlichen Congresse. Nach dem Bilanzconio der Westend-Gesellschaft, welches beide Herren, der eine als Vorsitzender, der andere als stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrathes und beide als Curatoren veröffentlichten, beträgt pro 1872 die Tantidem an die Aufsichtsräthe und Curatoren 43,200 Thlr. Es ist zu hoffen, daß beide Herren davon keinen so erheblichen Anteil empfangen, daß sie als jugendliche Pensionäre die Geringfügigkeit der Staatspension verschmerzen und sich die zur Erhaltung des kranken Körpers erforderliche Pflege angedenken lassen können. — Man erzählt sich in Abgeordnetentreffen, daß jenes in Aussicht stehende Gesetz auch den Geh. Oberregierungsrath Engel, unsern verdienstvollen Chef des statistischen Büros und Erzieher der meisten Kathedersocialisten in die unangenehme Alternative setzen werde, entweder den Staatsdienst wenn auch nicht aus Gesundheitsrücksichten, zu quittieren oder weit höhere Einnahmen aus Verwaltungsraths-Sinekuren (i. B. bei der Bachmann'schen Preußischen Bodencreditbank) zu scheiden. Im ersten Fall würde Engel eine Stellung als Dirigent einer industriellen Gesellschaft annehmen. Die Nachricht, welche dieser Tage die Zeitungen durchließ, er sei aus dem Ausschus der Eisenacher Conferenzen ausgeschieden, weil einige heilsame Schule gehörtsche Anträge gegen die Amtsgesellschaften stellten, soll unwahr sein, und dürfte aufgrund einer persönlichen Gegnerschaft zurückzuführen sein. — Die Fortschrittspartei berief in ihrer gestrigen Fraktionssitzung zum zweiten Male eifrig über die Eisenbahnpolagen. Es stellt sich dabei bereits heraus, daß die Vorläufe für Staatsseisenbahnen u. c., welche z. B. der Abgeordnete Berger in seiner neulichen Rede vertrieb, in dieser Fraktion doch nur bei einer Minderheit zu finden ist. Voraussichtlich wird die sehr große Mehrheit, wenn auch aus verschiedenen Motiven, die Preußische Eisenbahnanleihe verwerfen.

Berlin, 24. Januar. [Die Zeitungen und die päpstliche Allocution.] Es liegt jetzt die erste authentische Nachricht über einen gerichtlichen Entscheid vor, durch welchen in Sachen der päpstlichen Weihnachts-Allocution die Verfolgung der Zeitungen zurückgeworfen worden ist. Der „Frankf. Z.“ sind vorgestern die konfiszierten Exemplare zurückgestellt worden. Sie waren von nachstehendem Schreiben des Polizei-Präsidenten, Herrn Hergenhahn, begleitet:

„Frankfurt a. M., den 22. Januar 1873.  
Der verehrliche Redaction befehlt mich ergeben mitzuheilen, daß die am 30. December d. J. wegen Veröffentlichung der päpstlichen Allocution stattgehabte Beschlagnahme der Nummer 364 der „Frankfurter Zeitung“

durch die Raths- und Anklagekammer der hiesigen Gerichtshöfe nicht bestätigt worden ist.

Die letzteren haben namenlich mit Rücksicht auf die dem Abdruck vorangeschichtete Einleitungsworte:

„Es ist dieselbe Litanei, wie wir sie in Ansprachen Pius IX. und in den Hirtenbriefen der deutschen Bischöfe schon öfter gehört haben“, den Thatbestand der Vergehen gegen die §§ 131 und 95 des Strafgesetzbuchs verneint und ausgeführt, daß es zu der Annahme, die Redaction der „Frankfurter Zeitung“ habe bei der heilweisen Veröffentlichung der Allocution als eines der Geschichts angeborenen Altstaates die zum Thatbestande des Vergehens gegen § 131 erforderliche Absicht verfolgt, Staatsverirrtungen oder Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen, an jedem Anhalt gebreche, und zwar um so mehr, als die Gangangsworte das direkte Gegenteil einer solchen Absicht außer Zweifel stellen. Auch ein Vergehen gegen § 95 des Strafgesetzbuchs liege nicht vor, da selbst in dem Falle, daß die in der Ansprache vorsommenden Schwämmungen sich auf die Person Sr. Majestät des Kaisers bezögen, der Herausgeber der Zeitung jedenfalls durch die wegwerfende Weise, in welcher er in den kurzen Einleitungsworten den Inhalt der auf das deutsche Reich bezüglichen Stelle tritthist, deutlich zu erkennen gegeben habe, daß er mit diesen Ausführungen keineswegs einverstanden sei, und den Abdruck jenes historischen Altstaates nicht in der Absicht und dem Bewußtsein, um den ehreverleidenden Inhalt des Erlasses nach Heilweile der Bevölkerung weiter zu verbreiten, sondern zum Zwecke der Bloßstellung des Urhebers der päpstlichen Allocution selbst veranstaltet habe. Es fehle hiernach an dem zu dem Vergehen erforderlichen Dolus (böser Absicht).

In Folge dieser Entscheidung erfolgen die safsirten Exemplare der Zeitung anbei zurück.

Der Polizei-Präsident. Hergenhahn.

Man sieht also hieraus, — fragt die „N. Z.“ hinzu — daß das Kreisgericht zu Frankfurt a. M. nicht von der Ansicht ausgeht, daß es auch ein Delict gebe, wo es an einem Delinquenten fehle. Die Anklagekammer des Kreisgerichts zu Posen hatte sich im Gegenteil auf diesen Standpunkt gestellt, indem sie die Anklage gegen die konfiszierten Exemplare der „Posener“ und „Ostd. Z.“ zuließ und dennoch mit dem Kreisgericht zu Frankfurt den Redactoren selbst die böse Absicht absprach und sie persönlich außer Verfolgung setzte.

[Die Vorstellung.] welche der hiesige Magistrat am 10. d. Mis. in seiner Eigenschaft als Patronatsbehörde gegen die Amtssuspension des Predigers Dr. Sydow an den Oberkirchenrath gerichtet hat (wir haben ihrer schon im Allgemeinen kurz gedacht. Ned.), lautet wörtlich wie folgt:

Dem hochwürdigen evangelischen Oberkirchenrath ist es ohne Zweifel bereits amtlich bekannt, daß am 2. d. M. über den Dr. Sydow, ersten Prediger an der Neuen Kirche, von dem königl. Consistorium unserer Provinz in Folge des Abhebungsurtheils vom 2. v. M. und Jahres die Amtssuspension verhängt und die Wahrnehmung der bisher von ihm beauftragten Amtsgeschäfte den beiden andern Predigern Dr. Lisco und Remy übertragen ist. Als Patron jener Kirche halten wir uns für verpflichtet, es offen und unverhohlen anzuschreben, daß wir das Vorgehen des königl. Consistoriums gegen einen unserer ältesten und verdientesten Geistlichen, dem erst vor Kurzem, am 1. März d. J. bei Gelegenheit seines Amtsjubiläums von allen Seiten aus seiner Gemeinde und von uns in Gemeinschaft mit der Stadtverordneten-Versammlung die herzlichste Theilnahme und hochachtungsvolle Anerkennung für seine lange und erfolgreiche Wirksamkeit ausgesprochen worden ist, auf das Neueste bedauern.

Hoffen wir auch zuversichtlich, daß das Urteil des königl. Consistorii, dessen Gründe uns zu einem nicht kleinen Theil durch kirchenpolitische und theologische Gegnerschaft gesärbt und verschämt zu sein scheinen, in der höheren Instanz reformirt werden wird, so mögen wir uns doch vorher an den hochwürdigen evangelischen Oberkirchenrath wenden, um wo möglich von der Gemeinde eine Schädigung abzumunden, die ihr durch die vorläufige Amtssuspension des Predigers Sydow zugesetzt wird.

Die beiden anderen Geistlichen werden, denen sind wir sicher, die Geschäfte ihres Amtes genossen mit Sorgfalt und Treue in seinem Geist und Sinn wahrnehmen; aber die innigen Beziehungen, die sich zwischen dem Seelsorger und vielen Familien der Gemeinde in einer langen Reihe von Jahren von Geschlecht zu Geschlecht gebildet haben, werden durch die Suspension zerrissen und lassen sich durch keine andere Verhältniß, auch die wichtigste und begabteste nicht, sogleich wieder anknüpfen, die Unterweisung zahlreicher Confratzen wird plötzlich abgebrochen und dadurch die Erziehung des Unterrichts und die Einsgebung selbst in hohem Grade beeinträchtigt. Nur die zwingende Nothwendigkeit könnte ein so rücksichtloses Eingreifen in diese

Verhältnisse rechtfertigen. Eine solche liegt aber nicht vor. Das königliche Consistorium hat nicht zu erwiesen vermöcht, sondern nur vermutet, daß der Prediger Sydow die Irreleben, deren er beschuldigt wird, auf seine Amtsdiätigkeit habe einwirken lassen: die Bezugnahme auf § 73 Th. II. Tit. 11 des U. L. R. ist deshalb in den Urtheilsgründen aufgegeben, es kann also auch nicht angenommen werden, daß in dieser Hinsicht jetzt während der wenigen Monate, die noch bis zur Urtheilsprechung der zweiten Instanz vergehen werden, eine Verhältnißmerkung eintreten könnte, und daß in diesem Verzuge eine Gefahr liege, die bisher während der vierjährigen Amtsführung des Angeklagten, nicht hervorgetreten ist. Die Allerböse Cabinettsordre vom 12. April 1822, welche noch jetzt für das Disziplinarverfahren gegen Geistliche maßgebend ist, hat über die Amtssuspension nichts angeordnet, und § 532 a. a. D. des U. L. R. der von groben Excessen im Amte handelt, trifft hier gewiß nicht zu, wenngleich sich das königl. Consistorium auf ihn bezieht.

Im Interesse der nachtheiligsten Gemeinde beantragen wir, es wolle dem hochwürdigen Evangelischen Ober-Kirchenrath gefallen, die vom königlichen Consistorium über den Prediger Dr. Sydow verhängte Amtssuspension aufzuheben.

Magistrat

hiesiger Königlicher Haupt- und Residenzstadt.

Hobrecht.

An den hochwürdigen evangelischen Ober-Kirchenrath hier.

Posen, 23. Jan. [Die Kopernikus-Feier in Thorn. — Eine polnische Erinnerungsfeier.] In Thorn wird bekanntlich der 19. Februar d. J., der Tag, an welchem vor 400 Jahren Kopernikus geboren wurde, von Deutschen und Polen gesondert gefeiert werden. Man fragte zwar von Seiten des deutschen Fest-Comites bei dem polnischen unter der Hand an, ob eine Vereinigung beider Comites nicht wünschenswert erscheinen möchte; doch fiel die Antwort derartig aus, daß von weiteren Schritten in dieser Angelegenheit Abstand genommen worden ist. In eine eigenhümliche Lage ist das Domcapitol zu Frauenburg, wo Kopernikus bekanntlich Domherr gewesen war, versetzt worden, indem dasselbe sowohl vom deutschen, wie vom polnischen Fest-Comite Einladungen erhalten hat. In dem Einladungsschreiben des polnischen Comites ist gesagt: „Der Ruhm des Kopernikus sei auch für die katholische Gemeinschaft eine unbestreitbare Ehre und gebühre ihr als Eigentum. Es empfiehlt sich daher naheinlich in der jetzigen Zeit, die Welt an die Verdienste, welche sich die katholische Kirche um die Förderung der Wissenschaften erworben, zu erinnern, und zu diesem Behufe komme die Kopernikusfeier wie von der Vorsehung gesandt.“ Als Deutsche müßten die Mitglieder des Frauenburger Domcapitols demnach an der deutschen Kopernikusfeier teilnehmen, als Katholiken dagegen an der polnischen, zumal mit dieser ein feierlicher Gottesdienst vereinigt sein wird; bis jetzt jedoch hat dasselbe sich noch nicht entschieden. Der Weihbischof der Culmer Diöcese dagegen, Bischöfe zu Pelplin, ein Deutscher, an welchen eine ähnliche Einladung ergangen war, hat versprochen, an der polnischen Feier teilzunehmen, und bei dem feierlichen Gottesdienste in der Johanniskirche zu Thorn zu celebrieren. — Am gestrigen Tage hatten zur Erinnerung an den Beginn der letzten polnischen Insurrection im Jahre 1863 diejenigen hiesigen Einwohner, welche an den damaligen Kampfen teilgenommen, eine Feier veranstaltet. (N. Pr. 3.)

[Unterrichtssprache.] Die Verfügung des Provincial-Schul-Collegiums vom 4. Januar d. J. betreffend die Unterrichtssprache an den beiden katholischen Gymnasien zu Posen und Ostrowo, hat folgenden Wortlaut:

Mittelst Verfügung vom 31. März 1856 haben wir mit Genehmigung des Herrn Ministers angeordnet, daß in den oberen Klassen jener beiden Gymnasien in bestimmten Unterrichtsgegenständen die polnische Sprache als Unterrichtssprache in 10—12 Stunden wöchentlich in Anwendung komme. Da indeß auf Grund der Verfügung vom 2. December 1872 der Religions-Unterricht in den oberen Klassen von Ostern d. J. ab in deutscher Sprache zu erheißen, und der polnische Unterricht nach der Ministerial-Verfügung vom 6. December 1872 in den genannten Klassen nur facultativ ist, so ordnen wir unter Aufhebung unserer Verfügung vom 31. März 1856 hiermit an, daß in den oberen Klassen des Mariengymnasiums zu Posen und des Gymnasiums zu Ostrowo sämtliche Unterrichtsgegenstände von Ostern d. J.

## Berliner Herzensergießungen.

Berlin, 23. Januar.

Und auch der 18. Januar ist vorüber und vieler Sehnucht ist durch die Befriedigung auf dem Wege der Kreuzigung in den Zustand wohlthuender Behaglichkeit gelangt. Es sind nicht Wenige, die am Montag und Dienstag sich nicht mit achtungswertem Elfer der Lecture der Ordensliste ergeben haben dürfen und doch in derselben nicht über den Anfangsbuchstaben ihres eigenen Namens hinausgekommen sein mögen. Wie sanft ihr Schlaf in der Nacht vom 18. zum 19., in welchen Morpheus mit der Bestätigung: „Hast ihm schon!“ sie hineinschliefte! Die Sonntagspromenade „Unter den Linden“ überaus belebt, vorherrschend in der Menge die „Schielen“. Man trug Kreuz und Krone zum ersten Male spazieren, auf der Brust, von der man den verhüllenden Paletot zurückgeschoben, die Augäpfel strahlend niedergerichtet auf die gefüllten Knopflöcher, von Zeit zu Zeit nur einen fragenden Blick in die entgegenkommende Promeneur-Menge werfend, den man ohne weitere Dommelscher verstehen konnte: „Habt Ihr's gesehen?“ Beati possidenti! Und in wenig Wochen wird sich der Befriedigung der Neid zugesellen, der Neid der vierten Klasse gegen die dritte, wie wir ihn in unserer frühen Jugend als Quartaner gegen die Tertianer empfanden. L'appetit vient en mangeant. Das liegt nun schon einmal in der menschlichen Natur, bei Kleinen und bei Großen, par exemple bei Louis Napoleon, dem der Präsident nicht genügte, der dann zum Kaiser-Thron strebte und nun — im kleinen Todtenschein zu Thielhurst ruht, alles Streben baar. Das „Kreuz auf dem Grabe“, — es sind verhältnismäßig Wenige, deren Wunsch sich darauf richtet. Der „Tod“ aber ist der freundlichste, zuvor kommende Regent, der früh oder spät jedem diese „Decoration“ verleiht und damit zugleich das Recht zum Zutritt am glorreichsten Hofe — droben! Die Trauer für den speciell genannten Todten wird unser Hof nun doch anlegen, nach dem auch Russland das Beispiel für diese lezte irdische Courtoisie gegeben.

Am Montage und Dienstag fürchteten die Berliner übrigens, daß das Ende alles Irrdischen vor der Thiere stehe, vor der Thire, so daß ihnen die Gestalt des Terribilis noch unsichtbar blieb. Am Sonntag Vormittag scheint die Sonne gar heiter und das Quecksilber klettert wie ein Laubfrosch auf die fast höchste Sprosse des Barometers: „beständig“. Am Abend strömen Orkane vom Südfusil vom Himmel. Am Montag früh ist der Barometer zu einem auf die letzte Stufe der Möglichkeit gesunkenen Subject geworden. Er steht auf derselben Marke, die er vor zwei Jahren bei dem berüchtigten Weihnachts-Orkan einnahm. Allgemeine Panique unter den Hausbewohnern, die sämmtliche verfügbaren Dachdecker wegen zu treffender Vorsichtsmassregeln auf die Dächer senden. Nun haben die Berliner zudem noch ein paar Tage früher in den Zeitungen eine meteorologische Notiz gelesen, nach welcher solcher harrende Barometerfall nicht nur „Orkan“, sondern auch — „Erdbeben“ vorhersage. Eine unbeschreibliche Furcht greift in der Kaiserstadt um sich. Im Hinblick auf ein „Natur-Ereignis“ sonder Gleichen, versöhnen sich jahrelange Feinde, in der Scheidung liegende Ehepaare nehmen die Flage zurück, Bräute fordern von dem zaubernden Bräutigam wenigstens die civile Rechtliche Cheschle-

lung; in der Kammer wird in einer langdauernden Sitzung der Antrag auf Vertragung abgelehnt, da man doch nicht weiß, ob für eine demnächstige Sitzung überhaupt noch ein Tag zu erwarten. Am Dienstag statt der Katastrophe — heller Sonnenschein und langsam kleiner das Quecksilber wieder hinauf. Von ringsumher fliegen den Zeitungs-Redactoren verfrühte Frühlingsboten als Maitäfer zu, summen den „Mitarbeitern“ um die Ohren und tönen unliebsame Leitartikelsschreiber in ihrer mühsamen Arbeit. Selbstsamkeit über Selbstsamkeit. Am selben Tage habe ich extra einen Spaziergang bis hinter Moabit gemacht, um mich zu überzeugen, ob die dortige Colonie von im Herbst zurückgebliebenen Säckchen keine Entenhistorie sei. Alles in Richtigkeit. Drei der besiedelten Langbeine machen eben ihre Promenade auf den Spreewiesen. Schlafen sah ich sie irgend Einwad, ob es aber Frische waren, die sich als Diner den besiedelten Gourmands zur Disposition gestellt, konnte ich mit meinen schwachen Augen nicht erkennen. — Die Beschränzung meines noch im schlüffigen Jugendglück behafteten Geistes, daß der Kinde segen im bevorstehenden Jahre ein spärlicher sein werde, weil die Säckchen nicht fortgeflogen, um dergleichen Kleinigkeiten zu bringen, beschwichtigte ich mit der Hinweisung, daß die Zahl der besiedelten Auswanderer doch noch groß genug sei und die Zahl der in der nordischen Heimat zurückgebliebenen reichlich überwiege. Meiner Meinung nach ist aus diesem Grunde eine Abnahme der Bevölkerung und folgerecht ein Sinken der Wohnungs-Mietpreise in der deutschen Kaiserstadt nicht zu befürchten, und diese Meinung wird durch die Mithilfe der „Kreuzzeitung“ bestätigt, daß am Sonntag 15 Säckchen auf der Rückkehr aus dem Süden in der Gegend vor dem Potsdamer Thor umherkreuzten. Die Kinderbedürftigen Väter und Mütter jenes Stadtteils sollen dadurch in die freudigste Aufregung versetzt sein, nicht minder der dortige Pfarrer, der sich bereits ein neues, dickes Buch für die Notirung der Tauf-Einnahmen geblüht hat.

Soweit war ich vorgestern — am Dienstag — in meinen Beobachtungen und Betrachtungen des Wetters und seiner Eventualitäten gelangt. Gestern, am Mittwoch, wahre ich um 8 Uhr früh auf. Eine ungewöhnliche Dunkelheit veranlaßt mich zum Glauben, daß es 7 Uhr sei. Ich drehe mich um und schlafe ruhig weiter, bis die häusliche Mahnung in mein Ohr klingt, doch nur endlich den Arbeitsblatt aufzufuchen, die Gasflamme sei schon in Aktivität. Also Dunkelheit trotzdem, daß meine Normaluhr halb zehn zeigt. Ich blicke zum Fenster hinaus. Ein Schneetreiben, das jede Aussicht verweicht. Ich blicke in Tante Bessens Spalte und lese ein Telegramm aus Königsberg vom vorhergehenden Tage: „Wegen des Barometerstandes befürchtet man den Ausbruch eines Orkan und sind sämmtliche Schiffe in den diesseitigen Häfen gewarnt.“ Alles stimmt mit meinen meteorologischen Beobachtungen. Und nun: Komm, was da kommen mag, die Stunde rennt auch durch den roh'r'sten Tag! — Die Erde schüttet Purzelbäume. Was mögen die Engel klopftschütteln davon denken, wenn sie aus den Himmelsfenstern auf unsern verrückt gewordenen Planeten niederschauen? Ich möchte noch gern den Trost hinzufügen: „Nur nicht ängstlich! Der liebe Gott wird die Sache schon arrangiren!“ wenn ich nicht fürchte, mit meinem alten Glauben bei Denen anzufangen, die nicht mehr an diesen alten höhsten Regenten,

der Erde inclusive des deutschen Reiches glauben. Ich will mich aber nicht von jedem Glaubenszweifel rein waschen, so nicht von dem an die Abschaffung der Zeitungssteuer. Und das stimmt. Vide vorgesetzte Landtagsverhandlung!

Erdbeben und Orkan sind bis heut Donnerstag nicht eingetroffen. Nach den Mittheilungen aus Paris und dem Riesengebirge ist der Legiere dort anwesend gewesen, scheint aber einen andern Weg eingeschlagen zu haben, was wir ihm im Hinblick auf unsere vielgeladene Ankunft Eisenbahn nicht verdenken können.

Gestern besuchte ich den großen Pracht-Buckfast, im gewöhnlichen Leben „Victoria-Theater“ genannt, wo das bisherige theatricalische Geschäft: „Weiße Rose“ auf die Firma: „Faust und schöne Helene“ übergegangen ist. Viel schönbemalte Leinwand, electriches Feuer und Ballett-Beine angeboten und gern acceptirt. Geist nicht vorräthig, außer einigen Couplet-Nestern, die, wie in Berlin stets, Abnehmer fanden. Und sonst hat es weiter keinen Zweck. Einen traurigen Anblick bieten die allabendlich öden Räume des sonst zunächst dem Königlichen Theater berühmtesten der Friedrich-Wilhelmstadt dar. Bisher hat es sich Jahre lang auf Offenbach gestützt. Die Stütze ist zerbrockt und die Verwaltung der Bühne kann sich noch in keine neue Richtung hineinfinden. — Die andern Privatbühnen floriren, vorzugsweise das Kroll-, das Wallner- und das Woltendorf-Theater durch ihre drastischen Posen, — Bellealliance, National-, Stadt- und Residenz-Theater durch ernste Stücke. — Bei den Königlichen Bühnen ist das selbstverständlich. Leider ist das Gastspiel der jenseits ebenfalls deutschen Sängerin, Gräfin Lucca und Mallinger erleichtert. Große Heiterkeit erregte der Tadel, den ein hiesiger Mustreferent, Herr Wurst, alias Würst, über die Künstlerin als Cherubin, eine ihrer besten mit frenetischem Beifall vom Publikum aufgenommenen Partien ausschüttete. Vermuthlich weil es ihm misglückt war, eine Operettensängerin einer hiesigen Secondettbühne, von ihm protegiert, beim Hoftheater für das Soubrette-ensemble einschmuggeln zu wollen. Derselbe strenge Kritisus wird uns heute in der Friedrich-Wilhelmstadt mit einer neuen komischen Oper aus seiner Feder in Verführung führen. Sie nennt sich „Faublas“, bissige Berliner, die der Probe bewohnt, parodiren den Titel zu „Faubpas.“ — Die Ullmann-Concerte, die jetzt hier in Gang, werden den Breslauern großen Genuss gewähren. Nur das gestern sehr schwach besetzte Opernhaus contrastirte seitam mit der Beifallsfülle. Damit habe ich nun meine Pflicht gegen die Leser genutzt, die sich fürs Theater interessieren.

Lässer's Eisenbahn-Concessions-Enthlüffungen, sofern sie sich auf Herrn Geh. Rath Wagen er — Kreuzzettlungen Anhentens — beziehen, und die Aufplauderei der Wossischen Zeitung, daß seiner Stellung als „vortragender Rath“ bei St. Maj. dem Kaiser doch noch gewichtige Einsprüche im Wege stehe, scheint dem Betreffenden in die Beine gefahren zu sein. Die Zeitungen melden heute unter den offiziösen Local

ab nur mittels deutscher Unterrichtssprache ertheilt werden. Da ferner in Quarz der Unterricht im Lateinischen und Griechischen mittels deutscher Unterrichtssprache ertheilt wird, so bestimmen wir, daß von Ostern d. J. ab der deutsche Unterricht in 3 Stunden, der griechische dagegen in 5 Stunden ertheilt werde.

**Posen, 24. Januar.** [Die zweite Beschlagnahme der „Ostdeutschen Zeitung“] wegen wiederholten Abdruckes der incriminierten Stelle der päpstlichen Allocution bei Veröffentlichung des Beschlusses über die erste Beschlagnahme ist aufrecht erhalten worden. Der Beschluß lautet:

Auf den Antrag der königlichen Staatsanwaltschaft vom 9. Januar 1873, betreffend die Beschlagnahme der Nr. 12 der hier erscheinenden „Ostdeutschen Zeitung“ vom 8. Januar d. J., hat das königl. Kreisgericht zu Posen in Erwürfung, daß die „Ostdeutsche Zeitung“ vom 8. Januar c. Nr. 12 in der Beilage der Abendausgabe den Abdruck des ihrem verantwortlichen Redakteur Stein unter d. d. Mts. abschriftlich mitgetheilten Beschlusses des königlichen Kreisgerichts zu Posen vom 7. d. M. betrifft die Aufrechterhaltung der vorläufigen Beschlagnahme der Nr. 609 der „Ostdeutschen Zeitung“ vom 30. December pr., wodurch dadin lautend ic. (folgt der Abdruck des Beschlusses über die erste Beschlagnahme der „Ostdeutschen Zeitung“ incl. der incriminierten Stelle der Allocution) enthält,

in Erwürfung, daß die gedachte Nummer der Zeitung nach dem Ausdrucken der hiesigen königlichen Polizei-Direction an das unterzeichnete Gericht auch bereits verbreitet worden ist,

in Erwürfung, daß der Inhalt des in den gerichtlichen Beschlüssen wördlich allgirten Passus, von den Worten an: „Aber der sehr bittere Schmerz“

— bis zu den Worten: „in frommer Weise Gott zu geben, was Gottes ist“, nach den in jenen Beschlüssen enthaltenen Gründen den Thatbestand einer nach § 131 des deutschen Strafgesetzbuchs strafbaren Handlung darstellt, welche die Veröffentlichung und Verbreitung eben die gesetzlich vorgeschriebene Beschlagnahme der gedachten Druckschriften gemäß §§ 29 und 50 des Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 nothwendig gemacht hat,

in Erwürfung, daß nun die Ausgabe der Eingangs erwähnten Nummer der Zeitung eine wiederholte Veröffentlichung und Verbreitung der incriminierten Stelle der päpstlichen Allocution enthält, auf welche die eben gedachten Druckschriften gleiche Anwendung finden,

in Erwürfung, daß im Gefolge der Publikation und Verbreitung der Zeitungsblätter nicht nur durch Ausliegen in den Expeditionen, sondern auch in verschiedenen öffentlichen Localen der Stadt Posen nach dem Schreiben an die königliche Staatsanwaltschaft die vorläufige Beschlagnahme derselben durch das königliche Polizei-Direktorium ausgebracht worden,

auf Grund des § 131 des deutschen Strafgesetzbuchs und der §§ 29, 33 und 50 des Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 beschlossen:

dass die vorläufige Beschlagnahme der Nr. 12 der Abendausgabe der „Ostdeutschen Zeitung“ vom 8. Januar d. J. aufrecht zu erhalten.

**Groß. Schmidt.**

**Müller.**

[Die dritte Beschlagnahme der Ostdeutschen Zeitung] ist für nicht gerechtfertigt erachtet und deshalb aufgehoben worden. Der Beschluß lautet:

**Beschluß.**

Auf den Antrag der königlichen Staatsanwaltschaft vom 11. d. Mts., betreffend die Beschlagnahme der Nr. 14 der hier erscheinenden „Ostdeutschen Zeitung“ vom 9. Januar d. J.,

hat das königliche Kreisgericht

in Erwürfung, daß die nach dem Schreiben der königl. Polizeidirection an das hiesige königliche Kreisgericht vom 10. Januar c. bereits im Publikum verbreitete Abendausgabe der „Ostdeutschen Zeitung“ Nr. 14 vom 9. Januar 1873 wegen eines auf der 2. Spalte abgedruckten wördlich dorthin lautenden Artikels:

„Zur Situation.

„Die „Ostdeutsche Zeitung“ ist heute abermals confiscat worden. Wir sehen vorläufig von dem Ausfall der verschiedenen richterlichen Entscheidungen ab, jedenfalls für die Presse selbst die Frei-sprechung keine Genugthuung sein, denn, wie die „National-Zeitung“ sehr richtig bemerkte, bleiben die Vermögensbeschädigungen, es bleiben die Placerien und die Scheerzerien, es bleibt das Gefühl vollkommen Rechtslosigkeit. Und diese Empfindungen und Uebelstände zu verbängen und hervorzuufen, ist das mangelnde Verständniß der Polizeibehörde oder irgend ein Einsfall eines Ministers in jedem Augenblick gegenwärtig in der Lage. Möge endlich auch die Preßfreiheit der Vortheile heilhaftig werden, eines Rechschutzes in

Preußen sich bewußt sein zu können. Bis jetzt ist sie trok. Versammlung und Grundrecht des Bevölkerungsvolks frei!“ zum Gegenstande der vorläufigen Beschlagnahme gemacht worden ist, weil in demselben die Confiscation der unter 30. December 1872 erschienenen Nr. 609 dieser Zeitung in einer das Maß der gesetzlich erlaubten Discussion weit überschreitenden Weise kritisiert werde, die Druckschrift daher den Thatbestand einer nach § 131 des deutschen Strafgesetzbuchs strafbaren Handlung inbore, welcher nach § 29 des Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 die Beschlagnahme recht fertige, daß auch seitens der königlichen Staatsanwaltschaft dieser Ansicht beigetreten und die Aufrechterhaltung der vorläufigen Beschlagnahme der qu. Zeitungsnummer in Antrag gebracht ist,

in Erwürfung jedoch, daß der Artikel im Ganzen nichts weiter enthalte, als allgemeine Lamentationen der Wehmuth über die gedrückte Lage der Presse, gleichsam als Nachhall der Klage der „National-Zeitung“, wie er in den Worten: es bleibe die Placerien und die Scheerzerien, es bleibe das Gefühl vollkommen Rechtslosigkeit“ erklingen ist; nicht aber angenommen werden kann, daß in demselben erdichtet oder entstellt Thatachen wissenschaftlich behauptet oder verbreitet sind, um Staatsseinrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen; dies letztere auch insbesondere in demjenigen Passus nicht gefunden werden kann, worin das mangelnde Verständniß der Polizeibehörde oder irgend ein Einsfall eines Ministers gegenwärtig in jedem Augenblick in der Lage gefühlert wird, jene gedruckten Empfindungen und Uebelstände zu verbängen und hervorzuufen;

in Erwürfung, daß hierauf in dem qu. Artikel der Thatbestand einer nach § 131 des deutschen Strafgesetzbuchs strafbaren Handlung nicht gefunden werden kann, die §§ 29 und 50 des Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 daher außer Anwendung bleiben müssen,

beschlossen:

dass die nach dem Schreiben der königl. Polizei-Direction vom 10. Januar d. J. erfolgte vorläufige Beschlagnahme der Nr. 14 der „Ostdeutschen Zeitung“ Abend-Ausgabe vom 9. Januar 1873 für nicht gerechtfertigt zu erachten und deshalb nicht aufrecht zu erhalten.

**Groß. Schmidt. Müller.** (Ostdeutsche Ztg.)

**Elbing, 23. Jan.** [Der katholische Religions-Lehrer.] Wie bereits früher mitgetheilt, hat das K. Prov.-Schulcollegium in Königsberg den hiesigen Magistrat aufgefordert, 50 Thlr. für Erteilung des katholischen Religions-Unterrichts an der städtischen Realschule an Kaplan Lawa zu zahlen. Die „Altp. Ztg.“ vermitteilt, daß der Magistrat diese Zahlung verweigern will, weil er Gehälter nur an Lehrer zu zahlen verpflichtet ist, welche er selbst berufen hat. Nach dem von ihm angenommenen Prinzip, welches die Staatsbehörden bisher nicht gemäßigt haben, stellt aber der Magistrat keinen Lehrer an, der an dem staatsfeindlichen Dogma von der Unfehlbarkeit des Papstes festhält. Der Magistrat hat für die Erteilung des katholischen Religionsunterrichts bis jetzt keine Persönlichkeit ermitteln können, welche den von ihm in dieser Hinsicht gestellten Forderungen entspräche.

**Hamburg, 22. Jan.** [Die Affaire von Port au Prince.] Die Zeitungen haben vor einiger Zeit der Abreise des bei dem Deutschen Reich accrediteden Gesandten der Republik Hatti, des Generals Brice, Erwähnung gehabt, ohne daß über die Regelung der Affaire von Port au Prince etwas Näheres verlautet hätte. Wie erinnerlich, hatte Captain Batsch als Oberbefehlshaber Sr. Maj. Schiffe „Vineta“ und „Gazelle“ die haitische Regierung durch Androhung von Gewalt gezwungen, eine Reihe von Forderungen deutscher Kaufleute in Port au Prince zu bewilligen, von denen die dortige Regierung nur einen Theil als berechtigt anerkannt hatte. Während der Unwesenheit des Generals in Berlin ist die Angelegenheit allerdings Gegenstand der Erörterung gewesen; die Entscheidung über die Vorstellungen des Gesandten der Republik Hatti ist indessen, wie man hier vernimmt, bis jetzt noch nicht erfolgt. Der Kaiser hat sich dieselbe vielmehr bis zu dem Zeitpunkte vorbehalten, wo es ihm möglich sein werde, den militärischen Bericht des Commandanten der „Vineta“, Capt. Batsch, entgegenzunehmen.

**Düsseldorf, 22. Jan.** [Beschlagnahme.] In den hiesigen Buchhandlungen wurde die Broschüre: „Bismarck wider Christus“.

Den ersten Laden in unserer neuen sogenannten „Linden-Passage“ hat ein französischer Fruchthändler eröffnet. An seinem Schaufenster prangen vorzugsweise Birnen von der Größe des Kopfes eines neu geborenen Kindes, wie ein Berliner Derartiges wohl noch nie erblickt hat. Die an jede Frucht bestellte Preisangabe harmoniert an Größe mit jener. Angebissen scheinen noch wenige Käfer zu haben, wie die bemerkbar werdende Fäulnis einiger dieser Birnen zeigt. Allmählig werden sich aber doch wohl genügsame Adam's und Eva's finden.

R. Gardeisen.

#### Sonntagswanderungen.

Nicht einmal decorirt! In diesen Schmerzensauszüge mögen wohl diese Woche verschiedene Herren ausgebrochen sein, die an bedenklicher Knopflockerei leidend, nur durch ein buntes Bändchen gehext zu werden vermeynen. Leider hatten wir keine Gelegenheit, einen solchen Kranken beim Lesen der Ordensliste zu beobachten; wir hätten gewiß höchst interessante physiognomische Studien gemacht. Bei den hohen Orden erster und zweiter Classe flüchtiges Hinübergleiten des Blickes, bei der dritten schon größere Aufmerksamkeit, bei der vierten höchste Potenz der Spannung, die Namen werden gleichsam verschlungen, endlich öffnen sich die zusammengepreßten Lippen zu den vier kleinen Wörtern, in denen aber eine ganze Welt tiefen Schmerzes und geistlosen Ergeizes liegt: „Es war wieder nichts.“ Wenn es übrigens einem solchen Unglückschen zum Troste gereicht socios habuisse malorum, so will ich ihm verrathen, daß ich auch keinen Orden bekommen habe. Nun wüßte ich, zwar offen gestanden, nicht, wodurch ich etwa den Roten Adler-Orden vierter Classe, oder den Adler der Fahne verdient hätte, aber Viele von den Decortirten wissen es ja auch nicht. Indes man muß das Unvermeidliche mit Würde tragen; noch einmal möge der ordenslustige Blick auf des jüdischen Knopflocke peiere haften, dann wende er sich vertrauensvoll in die Zukunft! Was nicht ist, kann werden und vielleicht bringt der nächste Januar das heißt Ergehnis.

Allerdings folgen es die rücklichen Schicksalsmächte oft so, daß gerade das, was wir heiß erhaben, uns nicht zu Theil wird, wie das zu ihrem Leidwesen unsere Socialdemokraten erfüllen. Ein verd.... schlauer Gedanke war es, den unterhalb des Saales, wo Dunder sei-ner Vortrag hält, legenden zu machen, um so des Gegners Rede ex fundamento zu vernichten. Schade, daß die Polizei ihnen das kundliche Vergnügen störe; wir sind dadurch um ein interessantes Schauspiel gekommen. Uebrigens haben uns die Socialdemokraten zu eigenheimlichen statistischen Nachforschungen veranlaßt. Wir haben uns nämlich zur Aufgabe gestellt, sämmtliche Vereine in Breslau, deren Tendenzen zweifelhaft oder vollkommen unbekannt sind, zusammenzu stellen. Zunächst haben wir einen seit Jahren bestehenden „Verein und Tendenz“, der sich aber eines sehr guten Rufes erfreut. Diesem tendenziösen Vereine schließen sich zunächst die beiden socialdemokratischen Vereine an: denn die haben entschieden auch keine Tendenz, wenn man ihnen nicht die des gegenseitigen Versammlungspredigts unterschreiben will. Noch schlimmer ist es bei dem nächsten, dem „Kranentröcken-Verein.“ Wie heißt? Wer soll hier wenn die Tränen trocken? Die Mitglieder sich untereinander? Oder soll es ein wohlhabender Verein sein, oder liegt etwa gar eine kleine Bos-

Vor einem Conventen. (Amsterdam. Verlag von E. Lepe.) — von der Staatsanwaltschaft mit Beslag belegt. Wie ein Berliner Buchhändler mittheilt, ist bei ihm dieselbe Schrift bereits vor etwa vierzehn Tagen seitens der Behörde confiscat worden. (Germ.)

**Hannover, 23. Januar.** [Verurtheilung.] Aus Auriach wird telegraphirt: „Rector Gittermann ist heute vom hiesigen Consistorium zur Dienstenthebung verurtheilt worden.“

**Lippstadt, 21. Januar.** [Über die Pöbelrecesse,] deren Gegenstand Prof. Michalis aus Anlaß eines Vortrages über den Alt-katholizismus am bestgenen Orte geworden ist, schreibt derselbe in Nr. 2 seines „Katholik“: „Noch etwa hundert Schritt vom Gasthof entfernt, wurde ich von einem schweren Stein am Kopf getroffen, so daß ich einen Augenblick bestimmtlos in den Schmutz der Straße niederschrüte. In diesem Augenblick kamen gerade vier Husaren die Straße heraus, die sofort mich der Pöbelmasse entrissen, so daß ich glücklich in den Gasthof kam. Dieser wurde nun.. mit Steinen bombardirt ic. Unterdessen war der selbvertretende Bürgermeister eingetroffen (der Landrat von Schorlemmer hatte im Augenblick des zuerst anwachsenden tumultes die Stadt verlassen), es wurden ausreichende Militärmassen requirirt, und namenlich das energische und verständige Auftreten des commandirrenden Rittmeisters machte gegen Mitternacht dem Aufstand ein Ende, leider nicht, ohne daß von beiden Seiten, von Seiten des Militärs und der Aufrührer Blut geslossen ist... Die Untersuchung über den Vorgang ist im Gange, und so viel kann bereits als constatirt angesehen werden, daß von dem Locale des sogenannten Mainzer Katholiken-Vereins aus fortwährend während des Aufstands gebeit und reichlich Schnaps geschenkt worden ist.“

**Attendorn, 20. Jan.** [Alt-katholisch.] Heute wurde hier der Gymnasiallehrer Raufus, welcher Alt-katholik war, begraben. Herr Dr. Langermann aus Köln geleitete die Litanei zu Grabe, die ehemaligen Schüler des Verstorbenen trugen den Sarg. Aus dem Volkshaus wurde gepfiffen und Hurrah gerufen. Nur die anwesenden 4 Gendarmen und die den Leichenzug begleitende gesammte Stammmannschaft hielten die Volkshaus von weiteren Thäflichkeiten ab. Es war ein stiller, feierlicher Leichenzug, von der Gymnastikfahne begleitet mit einem der Lehrer des Progymnasiums an der Spitze. Die Gymnasten begleiteten den Zug mit Gesang und war die Beihaltung eine zahlreiche. Die Kirchhofslüre mußte durch einen Schlosser erkoren werden. Dr. Langermann hielt die Leichenrede in so ergreifender Weise, daß selbst die anfänglich insultierende Menge an dem Gebete Theil nahm und die Häupter entblößte. Zwei hiesige Bürger sollen als Söder einer kirchlichen Feier zur Untersuchung gejogen sein. (Eß. 3.)

#### Österreich.

**Wien, 23. Januar.** [Graf Taaffel] weilt seit gestern Abends in Wien. Wie wir hören, soll seine plötzlich erfolgte Berufung im Zusammenhang mit jenen Maßregeln stehen, die Seiten der Regierung bei der in Aussicht stehenden Ausschreibung direkter Nothwahlen für Tirol und Vorarlberg vorbereitet werden.

\* \* **Wien, 24. Januar.** [Die Wahlreform in dem kaiserlichen Cabinet.] Der Kaiser ist gestern nach Ocen abgereist, ohne die Lasser'schen Gesetzesvorlagen, die in seinem Cabinet ruhen, signirt zu haben. Nach der ganzen Art und Weise Sr. Majestät ist das kein Wunder. Man darf nur nicht vergessen, daß ja zu den Grund- und Cardinal-Bestimmungen die Ermächtigung bereits gegeben war, daß es sich also um den Kern der Wahlreform gar nicht mehr handelt. Die Menge Einzelheiten und Details eben, die jetzt im Verlaufe der Verhandlungen zwischen der Regierung und den Häuptern der Verfassungspartei in den verschiedenen Kronländern hinzugekommen sind, werden jetzt jedenfalls der eingehensten Prüfung unter Zuziehung Lassers im Cabinet unterzogen werden. An dem Resultate ist indessen kein Zweifel,

heit dem Titel zu Grunde? Wir haben wenigstens so etwas munkeln hören. Was versteht man ferner unter „Fraction Thiersch“? Ist das eine Partei in dem bekannten Thierschverein, oder hängen beider Bestrebungen gar nicht zusammen? Die „Reconnoisances in Morgenau“ lassen das fast vermuten, wenngleich andererseits darunter Reicherchen nach Thierquälereien, die in jenem Vergnügungsort passiren, verstanden werden können. Das solle da selbst in zahlreicher Menge vorkommen, läßt sich leider nicht leugnen. Wir führen nur die hauptsächlichste Thierquälerei an, den schlechten Kaffee, den der gebildete Europäer hier und da Sonntags zu trinken gezwungen ist, wenn er das nicht viel bessere Bier vermeiden will. Sollte die „Fraction Thiersch“ auf die jetzt genannte Plage ihre Reconnoisances richten und durch energische Mittel ihre Bekämpfung zu erstreben suchen, so wäre sie des heißen Dankes ihrer Mitbürger sicher.

Kürzlich erst entstanden ist der Verein „Souffleurkästen.“ Das derselbe eine Vereinigung pensionirter Souffleure sein sollte, ist nicht anzunehmen; wahrscheinlicher ist es, daß wir darunter eine Dilettanten-Gesellschaft zu verstehen haben oder soll es eine Art „Klappräkästen“ sein? Der Titel scheint uns eben so geistreich gewählt, wie der des Dichtervereins „Dintenfaß“, über dessen Tendenzen auch ein magisches Dunkel verbreitet ist. Aus dem Namen könnte man schließen, daß die Mitglieder, von der Ansicht ausgehend, die Poesie in unserer prosaischen Zeit etwas tiefs in der Dinten, beabsichtigen, diesem Nebel durch gemeinsame Bardengesänge abzuheben, so die Poesie wieder etwas in die Höhe zu bringen, zu verbessern und zu verehren. Dem widerspricht aber der Gegen-Verein, „Die neue schlesische Dichterschule“, der im Gegenthell behauptet, daß jene durch ihre poetischen Leistungen, statt sie zu haben, die Poesie herabsetzen. „Dintenfaß“ da gegen ist der Meinung, daß die neue Schule nur di minoris besitze, während die zweiten Schillers und Goethes allein bei ihm zu finden seien; kurz und gut, beide Vereine machen sich gegenseitige Vorwürfe, wie die beiden Fractionen der Sozialdemokratie. Wir sind also vollkommen berechtigt, beide in die Zahl der tendenziösen Vereine aufzunehmen. „Tugendbund“ nennt sich ein Verein mit demselben Recht wie der Lateiner canis a non canendo sagt. Seine Thätigkeit beginnt erst um Mitternacht und wir wollen deshalb ihn auch nicht weiter aus seinem Dunkel hervorziehen.

Während die genannten Vereine keine Zwecke verfolgen, oder doch wenigstens nicht solche, die dem Auge des Publikums offen darlegen, wollen wir zum Schluß noch eine Anzahl nennen, die sämmtlich ein und denselben Zweck verfolgen. Dies sind unsere humoristischen Musikk-Gesellschaften, deren Zahl sich in den letzten Jahren auseinander vermehrt hat. Uns sind bekannt: „Alte Brumme, Brumme I., eine Brumme III.“ scheint wieder eingegangen zu sein —, Blume, Blase, Harke, Polnisch-Neubruder und Schnurre. Es kann uns also nie an Humor, noch an Muß fehlen und selbst, wenn einer sterben gehen muß, kann er dies jetzt in humoristischer Weise thun.

#### Lobetheater.

Nachdem Herr Lebrun in dem einzigsten Stückchen von Hahn „Im Vorzimmer Sr. Exellenz“ durch das röhrende Bild, welches er von dem alten, bescheidenen, herzensguten Diätschen „Knabe“ entwarf,

da selbst das „Vaterland“ zugeben muß, die Erlaubnis zur Einbringung der Vorlage sei wahrscheinlich. Die feudal-clerical Partei, für welche die Gehege die Handlanger spielen, hat sich denn hier überzeugen müssen, daß das Ministerium momentan unerschütterlich feststeht. Niemand von den Herren gelangt zur Audienz: nur Graf Egbert Belcredi, der Bruder des früheren Staatsministers und das Haupt der „Staatsrechtlichen“ in Mähren hat in der allgemeinen öffentlichen Audienz gestern einfach eine einzige Petition eines katholischen Vereins gegen die Wahlreform übergeben, deren Erledigung sofort dem Ministerium aufgetragen ward. Uebermorgen bereits kehrt der Kasser aus Osen hierher zurück und Niemand zweifelt daran im Ernst mehr, daß dann die Einbringung der Vorlagen sehr bald erfolgen wird. Freilich auch daran nicht, daß diese Zustimmung nur ein Act der staatlichen Notwendigkeit, nicht der persönlichen Sympathie ist. Eher dürften einige Hakenleute mit dem Herrenhause eintreten, weil die, in dem ursprünglichen Entwurf auf 50 pGt. bemessene Steigerung der Großgrundbesitzer-Mandate jetzt auf 40 pGt. reduziert ist. Allein auch darin liegt keine ernsthafte Schwierigkeit. Die Einbringung und das Schicksal der Vorlage in beiden Kammern erscheint gesichert: alles Weitere, einschließlich der endlichen Sanction, ruht dann freilich wieder im Schoße der Götter!

Graz, 22. Jan. [Adresse an Dr. Sydow.] In der letzten Sitzung des steiermärkischen Protestantvereins wurde beschlossen, an Dr. Sydow folgende Adresse zu richten:

Hochberehrter Herr! Das Märtyrerthum, dem Sie, hochwürdiger Verkünder des Evangeliums der Liebe und des Lichtes nach einer ehrenvollen, fast fünfzigjährigen echt priesterlichen Laufbahn im hohen Greisenalter, unterworfen worden sind, weil Sie den Muth gehabt haben, den Geist des Protestantismus gegenüber dem tödlichen Buchstaben, die freie Forschung gegenüber dem starren Dogma, das Recht der Wissenschaft gegenüber dem blinden Glauben zu vertreten, hat einen Sturm der Entrüstung auch unter denjenigen Protestanten von Österreich errichtet, welche in der Sache des deutschen Protestantvereines die eigene erblicken.

Nach einer scharfen Kritik des Verfahrens des Consistoriums schließt die Adresse mit folgenden Worten:

Der steiermärkische Protestantverein, der erste in Deutsch-Oesterreich, verdankt seine Entstehung ebenfalls einem Glaubensgerichte und dessen Folgen, dem der zweite Prediger der Grazer Gemeinde, Herr Ehrhard Schulz (jetzt Prediger in Budapest) auf die feige Denunciation eines Orthodoxen hin zum Opfer fiel, und einem Rechtsbruch, begangen durch die Oberkirchenbehörde. Die Gefahr, die dem protestantischen Geiste der hiesigen Gemeinde drohte, hat die gesammte Intelligenz verlebt zu einer festgeschlossenen, von der Begeisterung für die protestantische Freiheit getragenen Schar gezeigt: zum steiermärkischen Protestantverein. Wir fühlen uns daher um so mehr als südländische Verteidiger des deutschen evangelischen Geistes verpflichtet, Ihnen — wackerer Kämpfer für den Geist! — unsere freudige Anerkennung, unser herzlichster Brudergruß auszusprechen und Ihnen ein vielstimmiges „Herrn aus!“ zuzurufen. Der Gott der Wahrheit, Freiheit und Liebe sei mit Ihnen und mit der heiligen Zukunftsreichen Sache des deutschen Protestantismus!

Pest, 23. Jan. [Sitzung des Abgeordnetenhaus's] Fortsetzung der Budget-Debatte. Horn kritisiert eingehend das Budget und räth zur Änderung der Finanzpolitik. Der Ministerpräsident Szalay hält eine (telegraphisch bereits signalisierte) einstündige Rede und entwickelt in derselben das von Pulszky und Horn geforderte, aber auch von der Regierung bereits vorbereitete Programm. Das Exposé wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Der Ministerpräsident sagt im Wesentlichen Folgendes: Die Recriminationen betreffs der Vergangenheit nützen nichts und sind auch nicht ganz berechtigt, da das ganze Haus und alle Parteien die gegenwärtige Finanzlage herbeigeführt, die keineswegs befürchtet wird. Der Redner weist dem Abgeordneten Tisza gegenüber nach, daß dieser nicht präliminäre Ausgaben im Hause durchsetze. Das erste Mittel zur Verbesserung etwaiger begangener Fehler ist Sparsamkeit, welche die Regierung accepptirt, soweit sie nicht die öffentlichen Interessen schädigt. Das zweite Mittel ist fruchtbringende Investitionen in vernünftiger Reihenfolge; das dritte, Verkauf jener Staatsgüter-Parzellen, die dem Staate keinen Nutzen bringen; außerdem Steuererhöhung und Einführung einiger neuer Steuern. Bezuglich alles dessen accepptirt der Ministerpräsident die Anträge des Finanz-Ausschusses. Derselbe teilt mit, daß das Ministerium demnächst folgende Gesetzentwürfe vorlegen werde: Ueber Steuer-Erhöhung, den Grundcataster, einen Criminal-Code, einen Handelsgesetz-Entwurf und einen Gesetzentwurf über Actionen-Gesellschaften, endlich einen Plan über alle Eisen-

bahn-, Land- und Wasserstraßen. Die Regierung wird auch angeben, in welcher Reihenfolge und mit welchen Mitteln alles dies ohne zu große Belastung des Landes realisiert werden kann.

## Italien.

Rom, 21. Januar. [Zum Gesetz über die religiösen Körperchaften. — Demokratisches Meeting in Mailand. — Verlangen nach einer Intervention für das Papstthum. — Erdöföse. — Entgleisung. — Financielles.] Die Commission für die Ausdehnung des Gesetzes über die religiösen Körperchaften auf die Provinz Rom hat sich gestern zum ersten Mal nach den Feiertagen vereinigt und in Abwesenheit eines Commissärs mit sechs Stimmen die Streichung des Artikels II. beschlossen, welcher das Fortbestehen der Generalate sanctionirte. Ein neuer, vielversprechender Sieg derjenigen, welche den von der Theokratie herausbeschworenen Kampf annehmen und denselben im Sinne des Fortschrittes durchzuführen entschlossen sind!

Das vorgestern in Mailand stattgefundenen Meeting der italienischen Demokratie hat einstimmig eine Tagesordnung angenommen, welche gegen jede Versöhnung mit dem Papstthum protestirt. Der Vorsitzende der Versammlung, Benedetto Cairoli, einer der geachteten Persönlichkeiten Italiens, sprach den Grundgedanken seiner Partei mit den Worten an: „Wir gingen nach Rom, um des Sieges der Grundsätze willen, nicht der materiellen Erroberung des Territoriums wegen“. So möge denn der heiß entbrannte Kampf ehrlich ausgefochten werden!

Die clerical Partei kennt die ihr bevorstehende Gefahr und will durch Drohungen mit dem Ausland einschüchtern. Hören Sie, wie sich die jüngste Nummer der „Voce della Verità“ in einem Artikel, welcher das Verhältniß Napoleons III. zu Italien bespricht, gehen läßt. „Italien“, — so heißt es da — „bekam die Unabhängigkeit um den Preis der Irreligion, der schlechten Sitten, der geschwätzigen Unwissenheit, der Schulden, der Demuthigungen, der unerträglichen Besteuerung, des Bürgerhasses und zuletzt der offenen Verfolgung der Kirche und ihres, seiner legitimen Herrschaft beraubten Hauptes. Durch diese Thatsache sind die Thore Italiens der Regierung oder denjenigen Regierungen geöffnet, welche als Katholiken oder im Namen ihrer katholischen Untertanen die Pflicht erfüllen wollen, dem Papste seine Unabhängigkeit und den Katholiken die Gewissensfreiheit wiederzugeben. Da die Sache des Papstthums eine katholische ist, so steht sie unter dem juristischen Schutz aller Mächte, welche katholische Untertanen haben und wenn heute dieser Schutz nicht ausgeübt wird, so kann man nicht den Schluss daraus ziehen, daß dieser Fall nicht morgen eintrete.“ Also wieder einmal das Verlangen nach einer Intervention, das sich auch nach den protestantischen Ländern richtet.

Am 18. und 19. sind hier 3 leichte Erdöföse verspürt worden und auf der Turin-Mailänder Eisenbahn ist eine Entgleisung vorgekommen, welche dem Holzer sogleich das Leben kostete.

Dem Finanzminister ist es gegückt, wenige Wochen nach dem Abschluß des Kalenderjahres seine Resultate in Bezug auf die Staatsschäfte zusammenzufassen. Die Rechnung ist um so interessanter, als sie die wirkliche Einnahme auch der zwei meistbestrittenen Steuerzweige aufzeigt. Die Mahlsteuer ergab im Jahre 1872 mehr als 58 Millionen, während die Steuer auf das bewegliche Vermögen 189 Millionen ertrug, gegen das Vorjahr eine Vermehrung von je 14 und 44 Millionen, dem Hause, welchen die Finanzverwaltung vielfach einvernetzt, steht also eine schöne Mehreinnahme gegenüber. Der Voranschlag für das Steuerjahr war nur um wenig mehr als einer Million hinter der wirklichen Einnahme zurückgeblieben, die Verminderung der Ausgabe ist bis auf näheren Nachweis einzelner kleiner Ersparnisse so zu verstehen, daß verschiedene Passivleistungen auf das begonnene Jahr übertragen wurden. Die Schuld an die Nationalbank stieg im Jahre 1872 von 679 auf 790 Millionen, so daß sich um diese Summe die Papiercirculation vermehrt findet; der Staatschaz hatte am 31. Dezember nur noch 93 Millionen zur Verfügung. — Nach den einzelnen

Ministerien geordnet, kamen zur Herausgabe in runden Summen Finanzen 931, Lustig 29, Neukeres 5, Unterricht 17, Inneres 50, öffentliche Arbeiten 131, Krieg 162, Marine 31, Ackerbau 9, zusammen 1365 Millionen, während die verschiedenen directen und indirecten Steuern, außerordentlicher Einnahmen, inclusive des Erlöses aus dem Verkaufe von Kirchengütern, mit 1194, also mit einem Minus von circa 170 Millionen, als dem bereits gedeckten Deficit aufgeführt sind.

Rom, 19. Januar. [Napoleon III. und der Papst.] Das

clerical französische Journal „L'Univers“ und nach ihm andere Zeitschriften veröffentlichen, so schreibt man der „K. Z.“, einen Brief, unterzeichnet „Ein Imperialist“, der ein eigenhümliches Licht auf die alten in Italien hervortretenden Sympathieen und Dankbezeugungen gegen Napoleon III. werfen würde, wenn er echt und sein Inhalt wahr wäre. Der Schreiber behauptet, bei einem Besuch in Chislehurst unter Anderem das Folgende aus Napoleons Munde gehört zu haben: „Der empfindlichste Schmerz meines Exils ist die Ohnmacht, in der ich mich jetzt befinden, daß Haupt der Kirche aus der Bedrängnis zu befreien. Saget in meinem Namen, daß aus meinem Munde nie ein Wort gegangen ist, noch gehen wird, welches die Gestaltung der Dinge in Rom anerkänne, gegen die ich protestire, in der Hoffnung, sie ändern zu können.“ Sollte der Kaiser diese Worte gesprochen haben, so kann er damit nur persönlich auf Pius IX. und seine Lage hingedeutet haben. Es ist bekannt, daß er mehrfach in bestimmtester Weise von persönlichen Verpflichtungen (engagements personnels) gegen diesen geredet und sie als einziges, aber unübersteigliches Hinderniß dem Drängen der Freunde der italienischen Einheit, Rom dem Lande als Hauptstadt zu geben, entgegengehalten hat. Noch von Wilhelmshöhe aus, vor dem 20. September 1870, richtete er in dem Stile einen Brief an einen hervorragenden liberalen römischen Patriarchen, in dem er bemerkte, daß bei dem hohen Alter Pius IX. Italien mit ein wenig Geduld seine Hauptstadt erhalten würde. Als dann nach der Besetzung Roms der selbe Patriarch den Kaiser in Chislehurst besuchte und die römische Frage berührte wurde, sagte ihm der Kaiser mit aller Offenheit, daß er persönliche Verpflichtungen dem Papste gegenüber gehabt habe, denen er als Kaiser hätte nachkommen müssen, daß aber nach seinem Falle die italienische Politik sich ohne sein Zutun rasch entwickelt habe. Es folgte dann hinzu: „Es war vorzusehen, daß diese Art der Entwicklung vor oder nach kommen müsse, und sie kann nicht rückgängig gemacht werden.“ Mit diesen Worten des Kaisers stimmt auch die Thatsache, daß derselbe nicht lange nachher seine großartige Besetzung auf dem Palatin, die sogenannten farnesianischen Gärten mit ihren für die Geschichte und Topographie der alten Stadt Rom so belangreichen Ausgrabungen an die italienische Regierung verkauft hat. Wie wäre es denkbar, daß der Kaiser dies gethan haben sollte, wenn er, wie der Brief im „Univers“ sagt, die Absicht und die Hoffnung hegte, dieselbe italienische Regierung wieder aus Rom zu vertreiben? Aus diesen beiden Momenten erhält die Mithilfe im „Univers“ ihre richtige Bedeutung. Dem Verstorbenen hat allerdings die Sprache nicht selten dienen müssen, um seine Gedanken zu verbüllen, aber in diesem Falle spricht doch Alles dafür, daß der anonyme „Imperialist“ die Worte des Kaisers entweder nicht richtig aufgefaßt oder absichtlich verdreht hat.

## Frankreich.

Paris, 23. Januar. [Aus der Nationalversammlung. — Aus der Dreißiger-Commission. — Thiers und der Prinz Napoleon. — Kriegskosten. — Witterung.] Nach mehreren aufgeriegelten Verhandlungen hielt gestern die Versammlung eine sehr stillsitzende Sitzung. Auf der Tagesordnung stand das Gesetz über die Arbeiterkinder in den Fabriken. Das Thema bietet den Stoff zu einer Menge von sozialen Beobachtungen, der von den Rednern gründlich ausgebeutet wurde. Man stritt hauptsächlich um die Frage, ob die Kinder nach zurückgelegtem 12. oder 13. Jahre zur vollen (Fortsetzung in der ersten Beilage.)

unser Mitgefühl in Anspruch genommen hatte, machte er uns, mit einem dreitaktigen Schauspiel von Fellechner „Der polnische Jude“ bekannt, für welches die Bezeichnung „dramatische Mordgeschichte“ in jeder Weise gerechtfertigt ist. Der Inhalt des Stükks ist in Kurzem folgender: Ein vor Jahren eines Mordes Angestellter, der nur wegen Mangels an Beweis freigesprochen wurde, und sich der allgemeinen Verachtung preisgegeben sieht, sucht den wahren Mörder und findet ihn endlich in dem angesehenen Bürgermeister seines Heimatdorfs. Dieser Stoff ist mit großem Geschick und unter Zuhilfenahme aller möglichen Theater-Effekte zu einem interessanten Schauspiel verarbeitet, bei dem nur zu bedauern ist, daß dem Zuschauer schon im ersten Act die ganze Sachlage klar ist; daß ferner die einzige Figur, in der sich das Gesamt-Interesse concentrirt, am Schlus weder Mitleid noch Abschreckung erregt, überhaupt keinen nachhaltigen Eindruck hervorzurufen vermag; sondern nur dem Schauspieler Gelegenheit bietet, psychologische Studien zu machen und die Folterqualen eines schuldbedrohten Gewissens in den wechselvollsten Wirkungen zu veranschaulichen. Wenn dies in so meisterhafter Weise geschieht, wie von Herrn Lebrun, dann führt allerdings diese Figur eine fesselnde Wirkung aus, während die übrigen Personen des Stükks nur als nothwendiges Beiwerk zu betrachten sind und in den Hintergrund treten. Neben Herrn Lebrun wurde auch Herr Lederer (Caspar) vielfach ausgezeichnet. u.

## Theater- und Kunstdenkmäler.

Berlin. Königl. Opernhaus. Fr. Chnn hat ihr Gastspiel geschlossen und ist wieder nach Wien zurückgekehrt. Wie die „B. B. C.“ mittheilt, ist Hoffnung vorhanden, die Künstlerin dauernd an Berlin zu festeln. Das genannte Blatt behält sich vor, Näheres über die bis jetzt sehr dreirei- gesplogenen Unterhandlungen mitzuteilen. Am Schlus ihres letzten Auftritts soll Se. Maj. der Kaiser auf der Bühne erscheinen sein und sich an Fr. Chnn mit den Worten gewandt haben: „Ich muß Ihnen noch Adieu sagen; bleiben Sie nicht zu lange weg“. — Wiener Blätter bringen die Nachricht, Herr Niemann beabsichtige, sich von seiner zweiten Gemahlin Hedwig Raabe scheiden zu lassen.

National-Theater. Fr. Felicita von Westvali eröffnete ein Gastspiel als „Hamlet“. Liebhaber von derlei Virtuosentümern überschütten sie mit Beifall und Blumenpenden.

Stadttheater. Das vor der Aufführung vielgepriesene Schauspiel: „Bon Gottes Gnaden“, das die Verhältnisse am Hofe des Herzogs Karl von Württemberg schildert, ist bei seiner ersten Aufführung so ziemlich durchgeflogen. Der Autor hat sich nicht genannt, doch meint der Referent der „Montags-Zeitung“, das Stück sei ungemein „karlsruherhaft“ gemacht.

Victoria-Theater. Die neue Feerie „Faust und die schöne Helena“ erzielte einen durchschlagenden Erfolg. Der Text allerdings zeichnet sich weder durch Geist und Witz noch durch Neuheit der Erfindung aus, dagegen sind die Decorationen von wirklich seltener Pracht und die Maschinieren von überraschender Wirkung. Speciell hervorzuheben sind die Decorationen zu den Bildern: auf der Sonne, gemalt von Gebr. Brögmann, Iruja, gemalt von den Herren M. und G. Brückner und in Tours, Hof des Königs von Frankreich, gemalt von Lüttemeyer. Den Glanpunkt des Abends macht das lebendigste Bild aus, das bei der ersten Aufführung mit dem überraschendsten Beifall begrüßt wurde.

Königl. Städter-Theater. Dieser Tage gelangt ein neues Tendenzstück, worin besonders „das Treiben der Socialdemokratie“ gekennzeichnet werden soll, zur Aufführung. Dasselbe bestellt sich: „Ein Weib der Revolution!“ Verfasser, heißt es, sei der bekannte liberale Abgeordnete Ziegler, der, so viel uns bekannt, mit diesem Stük zum ersten Male auf den Brettern erscheinen würde.

Richard Wagner weilt gegenwärtig in Berlin, wo er bis 3. oder 4. Februar zu bleiben gedenkt. Innerhalb dieser Zeit soll unter seiner Direction ein großes Concert stattfinden, dessen ganzer Ertrag zum Ankauf von Patronatschein für das Bayreuther Unternehmen verwendet werden soll. Das Concert soll im Opernhaus stattfinden, doch stellen sich dem unüberwindlichen Hindernisse entgegen, und es wird daher dasselbe wahrscheinlich im Concerthaus abgehalten werden. — Am 27. Januar veranstaltet der Wagner-Bund ein Banquet.

Die Berliner Studentenschaft beabsichtigt, zum Besten der durch die Sturmflut an der preußischen Ostseeküste Verunglückten eine musikalisch-dramatische Aufführung zu veranstalten. Unter Andern soll „Julius Caesar“ von Shakespeare zur Aufführung gelangen.

Von den öffentlich ausgestellten Entwürfen zum Goethe-Denkmal bat die Skizze des Bildhauers Fr. Schaper den Preis erhalten. Das Denkmal soll nun genau nach dem Entwurf ausgeführt werden, und zwar in den Aulagen des Thiergartens an der Königgräßer Straße, das Gesicht der Straße zugewendet.

Im königlichen Museum sind wiederholt Ölgemälde durch Meisterstücke beschädigt worden, ohne daß es möglich war, des Thäters habhaft zu werden. In letzter Zeit sind trotz der außerordentlich verhärfarten Auflösung wiederum derartige Fälle, wenn auch in einer anderen Form, vorgekommen, und nur der trefflichen Wachsamkeit des im Überlichtsaal angestellten Beamten ist die Erhaltung eines außerordentlichen Kunstwerks zu verdanken. Derselbe bemerkte, nach der „Volkszählung“, beim Inspecten seiner Räumlichkeiten, wie ein Gemälde über und über mit einer blutigen Flüssigkeit begossen war; sofort machte er seinem Vorgesetzten von dem Vorgefallen Bericht, und die Mutter des Gemäldes mit Spiritus wisch, wodurch die Gefahr der Vernichtung beseitigt wurde. Ueber den Urheber dieser schmählichen That circuliren die verschiedensten Vermuthungen.

Dresden. Das Hermannia-Theater ist von Herrn Wilhelm Schönen für 194.000 Thlr. angekauft und an den Director Grossé aus Görlitz für die ersten drei Monate dieses Jahres verpachtet worden.

Hamburg. Es hat sich nun ein Comité gebildet, um das Stadttheater in ein Aktienunternehmen umzuwandeln. Von der erforderlichen Gesamtsumme von 300.000 Mark ist bereits mehr als die Hälfte gezeichnet. — Fr. Bognar aus Wien hat einen glänzenden Gastspielbericht mit der Direction des Thalia-Theaters abgeschlossen, nach welchem sie am 15. Februar ein Gastspiel mit Lindau's „Maria und Magdalena“ beginnt und dasselbe Ende März beendet. Hierauf unternimmt die Künstlerin eine Tour durch Nord-Deutschland, welche Ende Mai in Berlin schließt.

Karlsruhe. Der erste Tenoris am Gothaer Hoftheater, Herr Holdampf, ist mit 6000 Thl. an das heisige Hoftheater engagirt worden.

Aldn. Im hiesigen Theater gastirt gegenwärtig Fräulein Mila Röder mit vielem Beifall. Sie trat bisher in der „Regimentsstochter“ und in „Fra Diabolos“ auf.

Leipzig. Karl Guzlow hat ein Schreiben an den Director des Stadt-Theaters, Herrn Friedrich Haase, gerichtet, in welchem er denselben mit einem Prozeß droht, falls Herr Haase ihm nicht die Renten für die Aufführungen seiner dramatischen Werke in Leipzig bezahlen würde. In Folge dessen ist es zu einem sehr unerquicklichen Wechsel „offener Briefe“ zwischen Haase und Guzlow gekommen. Bekanntlich hat auch die „Genossenschaft dramatischer Autoren und Componisten“ gegen Herrn Haase einen Renten-Prozeß anhängig gemacht.

München. Die meisten hiesigen Maler haben ihre Arbeiten beendet, welche sie zur Welt-Ausstellung nach Wien zu senden gedenken. Kaulbach schickte einen Carton: „Nero auf den Trümmern Rom's“, zu dem er durch Piloty's gleichnamiges Bild angeregt wurde. Ferdinand Knab, berühmt durch die gelungenen malerischen Ausstattung des Wintergarten's, für welche der König dem Künstler in einem Handschreiben seine begeisterte Anerkennung aussprach, vollendet eine italienische Landschaft, einen Wald von Pinien darstellend. Unter den übrigen Einsendern verdienten Rambert, Gabriel Marx, sowie die Schule Piloty's genannt zu werden, zu welcher auch der Sohn Kaulbach's gehört.

Posen. Der König hat zur Errichtung eines Theaters in Posen ein Subvention von 40.000 Thlr. bewilligt.

Stuttgart. Am 18. fand im Hoftheater bei ausverkauftem Hause ein Riesen-Militär-Concert von sämtlichen Militair-Musikcorps des Landes (ausgeführt von 220 Musikern und 40 Tambouren und Pfeifern) zum Besten der Ossische-Ueberschwemmten statt.

Würzburg. Die beliebte Opern-Soubrette Fräulein Benetti (Adele von Benigni aus Wien) ist für die Hofbühne in Schwerin engagirt worden.

Wien, Hofburgtheater. Grillparzer's „Jüdin von Toledo“ hatte bei seiner ersten Aufführung nur einen succés d'estime. Das Publikum konnte sich mit den Härten der Dichtung nicht befriedigen und blieb kalt.

Carltheater. Fr. Ziegler trat am 17. d. M. zu Gunsten des deutsch-patriotischen Hilfsvereins nochmals als Medea auf; der Erfolg war ein gleich großartiger, wie am ersten Abende. — Die Vorstellung zum Besten der Concordia hat eine Brutto-Einnahme von 12273 fl. und nach Abzug der Kosten ein Reineträgnis von 9716 fl. 20 kr. geleistet. — Am 20. Mai beginnt Fr. Ziegler ein längeres Gastspiel; sie erhält von Director Fauner für jedes Abend, an dem sie auftritt, ein Honorar von 1000 Gulden.

Theater a. d. Wien. Eine Lokal-Operette von Beila: „Abenteuer in Wien“ hatte einen mäßigen Erfolg, die Muß von Mill eder gefiel theilweise.

Romische Oper. Die Direction der „Romischen Oper“ hat am 1. Januar ihre Bureaus eröffnet. Director Albin Swoboda führt bereits vielseitige Unterhandlungen, um künstlerische Kräfte

(Fortsetzung.)

Tagessarbeit in den Fabriken zugelassen sind. Die Commission ist für 13. Vom 10. bis 13. Jahre sollen die Kinder nur 6 Stunden arbeiten dürfen. Dagegen meinen Cordin und einige Andere, daß 12 Jahre genügen. Im Interesse der Industrie müsse man die Kinder in diesem Alter zur vollen Arbeit zulassen. Die Generaldiscussion wurde geschlossen, aber das Votum über die einzelnen Bestimmungen soll erst heute erfolgen. Die ganze Debatte schien übrigens die Kammer wenig zu interessieren. Mehr als die Hälfte der Deputirten war nicht anwesend, und die Anwesenden hörten weniger auf die Redner als auf die Gerüchte von dem, was mittlerweile in der 30er-Commission geschehen. — Es ist indes auch dort blutwenig geschehen. Die Commission kommt aus dem gehässigen Kreis, worein sie sich eingeschlossen, nicht heraus. Nach endlosen Diskussionen, woran Seitens der Majorität namentlich Decazes, d'Haussonville und Grimaldi, Seitens der Opposition A. Grévy, Richard und Berthaud teilnahmen, entschied man, daß bei dem jetzigen Standpunkt der Frage Herr Thiers nicht zur Beratung hinzugezogen werden solle, ferner wurde das Amendement Decazes angenommen, welches besagt, daß Thiers an der Diskussion über die Gesetze teilnehmen könne, aber ausdrücklich ward dabei vorbehalten, daß die Frage von Thiers Teilnahme an den Interpellations-Debatten noch offen bleiben solle. Es ist also, wie wir sagten, nichts geschehen, und die Annahme des Amendement Decazes hat gar keine Bedeutung, denn nach der Absicht seines Urhebers sollte dadurch die Teilnahme Thiers an den Interpellations-Debatten ausgeschlossen werden. Die politischen Zustände in Versailles gestalten sich, wie man sieht, immer confus, immer byzantinischer. Es ist erkennbar, daß die Niederlagen, welche in den letzten Tagen die monarchistische Coalition in der Nationalversammlung erlitten hat, die schlechte Laune und das Nebelwollen der 30er-Commission nur noch erhöhen. Zugleich zeigt sich immer deutlicher das Bestreben, die Diskussionen von der Demokratie fernzuhalten. Man versichert, daß Herr von Falloux den Auftrag übernommen hat, für die Herzöge der Rechten mit Thiers zu unterhandeln. Neberhaupt erregt die Unwesenheit dieses alten Monarchisten, der nicht leicht seinen Landsitz zu verlassen pflegt, eitige Aufmerksamkeit. Man bringt dieselbe auch mit den Fusionsgerüchten in Verbindung.

Nachstehend einige genauere Angaben über die Unterredung, welche Thiers gestern mit der Petitions-Commission in Sachen des Prinzen Napoleon hatte. Thiers erklärte von vornherein, daß er die Verantwortung für das Geschehene durchaus auf sich selber nähme. Die Mitglieder der Familie Bonaparte, fügte er hinzu, welche, wie die Prinzessin Mathilde den politischen Intrigen fremd blieben, könnten die Erlaubnis zum Aufenthalt in Frankreich erhalten. Nicht so der Prinz Napoleon, welcher danach strebt, daß Haupt der bonapartistischen Partei zu werden. Da derselbe trotz der Abweisung, die mehreren seiner Aufrüttungen zu Theil geworden, darauf bestand, nach Frankreich zu kommen und das Terrain zu prüfen, hielt die Regierung es für ihre Pflicht, ihn auszuweisen. Die Ausweisung geschah Kraft der, von der Versammlung votierten Absehung der Dynastie. Über die Bedeutung solchen Votums kann Niemand irre sein; denn wenn die Absehung nicht zugleich die Ausweisung in sich schließe, so könnte ein aus den Tuilleries oder dem Palais Royal vertriebener Fürst sich nach Belieben in das Grand Hotel oder irgend ein Provinzschloß zurückziehen, um von dort aus das Land zu beunruhigen. Die Regierung der Restauration ging weiter. Sie hatte ausdrücklich ein Gesetz gegen die Bonaparte votieren lassen, und unter der Regierung Ludwig Philipp's versuchte man ebenso; denn ich selbst, bemerkte Thiers, habe einmal in's Mittel treten müssen, um dem Prinzen Jerome und seinem Sohne die Erlaubnis zu einem Besuch in Frankreich zu erwirken. — Allerdings, erwiderte der Berichterstatter der Commission, Herr v. Deyre, konnten jene Regierungen so handeln, weil ein Verbannungsgesetz existierte. Andere möchten Lust tragen, daß jetzt Geschehene als ein Prädikats anzusehen, um später auch andere Prinzen auszuweisen. — Thiers antwortete: Ich habe mich nicht auf die Staatsräson zu stützen; sondern ich rufe ein Gesetz an, welches die Absehung der Bonaparte ausspricht. Wir werden uns Ihres Entschuldung unterwerfen, aber wir können uns nicht jeden Lade gefallen lassen. Wenn die Commission in ihrem Bericht ein Verbannungsgesetz verlangt, werden wir weiter sehen. — Wie gehäuft das Parteidtreiben in Frankreich ist, kann man aus den Gerichten entnehmen, welche seit ein paar Tagen mit Bezug auf die Besetzung des Gebiets colportiert werden. Ein monarchistisches Blatt zeigte an, daß Herrn v. Rothschild's Unterhandlungen wegen der Garantieleistung für die fünfte Milliarde völlig gescheitert seien. Die Sach bedürfte insfern keiner Widerlegung, als Unterhandlungen über diese Garantie noch gar nicht stattgefunden haben. Aber von anderen Blättern wurde trotz eines Dementis des „Débats“ und des „Bien public“ jene Nachricht mit unverbohlener Freude als ein Argument gegen die Regierung ausgebeutet. Die clericale „Gazette de France“ ging sogar so weit, anzudeuten, daß Thiers selbst an dem Scheiter der Unterhandlungen Schuld sei, weil er in der Fortdauer der Occupation ein Mittel sah, seine Gewalt zu verlängern. Inzwischen hat, wie gestern das Amtsblatt meldete, die Zahlung der vierten Milliarde mit einem Versement von 150 Millionen begonnen; man versichert sogar in den Regierungskreisen, Thiers und Leon Say suchten jetzt nach einem Mittel, die Garantieleistung unndlich zu machen, und an ihrer Stelle die direkte Zahlung der fünften Milliarde eintreten zu lassen.

Wie befürchtet worden, ist die Seine seit gestern noch bedeutend gestiegen. Sie schlägt sich wieder an, auszutreten. Die Schiffsschafft ist unterbrochen und man hat mehrere Unglücksfälle zu beklagen.

\* Paris, 23. Januar. [Der kaiserliche Prinz als Graf von Pierrefonds.] Zu der Reihe von Prätendenten, welche ihre vermeintliche königliche Würde vorläufig unter dem verschleierten Herzogs- oder Grafentitel bergen, gesellt sich jetzt auch der Prinz Louis Napoleon, der als „Graf von Pierrefonds“ auf die acht Millionen Stimmen wartet, die ihm die Kaiserkrone auf's Haupt drücken sollen. Der Name ist offenbar eine Erinnerung an die schrecklichen Tage von Compiègne, in dessen Nähe Dorf und Schloss Pierrefonds liegen. Wenn wir uns nicht irren, war dieses Schloß ein zerfallenes Gebäude, welches auf Eugeniens Befehl wieder hergestellt wurde und oft einen Theil der nach Compiègne geladenen Gäste beherbergte.

[Die Bezahlungen auf die Drei-Milliarden-Anleihe] betragen bis jetzt 2,300,000,000, so daß die Regierung schon im Besitz von 300 Millionen für die fünfte Milliarde ist.

Am 16., 17. und 18. d. M. ist, wie die „Agence Havas“ meldet, eine feierliche Abschlagszahlung von 150 Millionen auf die vierte Milliarde der französischen Kriegsentschädigung an Deutschland geleistet worden.

[Baumwollensfabrikate.] Es ist mehrfach davon die Rede gewesen, daß die deutsche Regierung gegen das Gesetz vom 9. Dezember 1872, durch welches die Vergünstigung der zeitweiligen Zulaf-

sung für Baumwollensfabrikate, die zur Appretur nach Elsaß-Lothringen geschickt werden, auf acht Monate verlängert werden sollte, Schwierigkeiten erhoben hätte. Herr Flotard, welcher kürzlich einen Antrag eingebracht hat, wonach diese Vergünstigung auch auf Wollfabrikate ausgedehnt werden sollte, gab in der betreffenden Commission über diesen Gegenstand gestern folgende Auskünfte: Die mit Deutschland auf ein Jahr abgeschlossene Zollconvention, welche am 31. December 1872 abließ, bewilligte den elässischen Erzeugnissen die Vergünstigung, sechs Monate lang gegen ein Viertel und die anderen sechs Monate gegen ein halb des normalen Zolles in Frankreich eingeführt zu werden; auf der anderen Seite sollten die französischen Baumwoll- und Wollspinnerei, welche zur Befolkskommunion nach Elsaß gingen, nur einen gewissen Zoll für die dort empfangene Facon entrichten. Nach dem Antrage des Herrn Claude sollte nun lediglich die den französischen Erzeugnissen zugestandene Vergünstigung auf sechs Monate verlängert werden. In Folge dessen verbreitete sich das Gerücht, daß die deutsche Regierung auf die elässischen Fabrikanten den französischen Erzeugnissen, welche zur Appretur nach Elsaß herüberkommen wollten, ihre Grenze vollständig verschlossen habe. Das ist indes nicht der Fall. Jene Beschwerden waren ganz vereinzelt und die deutsche Regierung handhabt nach kurzem Zaudern wieder regelmäßig das bisherige Regime, wie ein soeben unter dem 15. Januar von einem großen Mühlhäuser Fabrikanten erlassenes Circular ausdrücklich bestätigt. Demnach beschloß die Commission, auf die Prüfung des Antrags des Herrn Flotard einzugehen und zunächst den Handelsminister und den General-Zolldirector zu hören.

[Verhaftungen.] Die täglichen Berichte des Polizei-Präfekten von Paris, welche er an Herrn Thiers über die Zustände der arbeitenden Klassen abstattet, sind noch immer wenig beruhigend. Einige Verhaftungen haben in Faubourg St. Antoine stattgefunden und stehen in Beziehung zu denen in Lyon, Marseille, Bordeaux, St. Etienne, Narbonne, Beziers und Elsieur. Der Vorwand dafür ist die Internationale, aber in Wahrheit ist es der Schwanz der Commune von 1871, auf welchen man die Hand legt. In den großen Städten erregen diese Verhaftungen nicht viel Aufsehen, aber in den kleineren Orten ist es nicht so. Zu Beziers z. B. haben die Verhaftungen, besonders die eines gewissen Farland, große Aufregung unter den Arbeitern hervorgebracht. Dieser Farland ist ein Gerber, der neulich seine Tochter verheirathet, bei welcher Gelegenheit eine Volksdemonstration stattfand. Bei dieser Hochzeit, vor einigen Monaten, begleiteten an 300 Paare von Arbeitern und Arbeiterninnen das junge Ehepaar aus der Vorstadt auf das Stadthaus. Farland ist sehr beliebt bei den Arbeitern, die Anschuldigungen gegen ihn sind wenig bedeutend und das Volk verlangt seine Freilassung. Die letzten Verhaftungen in den südlichen Departements scheinen überhaupt mit vieler Ueberreibung vorgenommen worden zu sein. Das „Avenir National“ meldet, daß mehrere Präfekten aus dem Süden an den Justizminister in dieser Angelegenheit berichtet haben. Sie sagen, daß die Verhaftungen wegen Theilnahme an der Internationale zu leichtfertig und ohne genügende Beweise vorgenommen werden, und daß viele als ehrenwertche Leute bekannte Persönlichkeiten, die niemals zur Internationale gehört haben, verhaftet worden sind, ohne zu erfahren, warum, und erst wieder in Freiheit gesetzt wurden, nachdem der Irrthum erkannt war. Solche Vorfälle ereignen natürlich große Verstimmung an den Orten, wo sie vorkommen. Freilich ist die persönliche Freiheit in Frankreich nie sehr geachtet worden, welche Regierung auch am Ruder war. Mit dem Belagerungszustande, der noch in allen Departements, wo große Städte sind, herrscht, ist nichts leichter, als Femanden ins Gefängnis zu stecken. Oft genügen anonyme Anschuldigungen aus persönlicher Nachsucht, um gegen eine Person einen Verhaftbefehl zu veranlassen und das unter der Regierung des Staatsmannes, der unter dem zweiten Kaiserreich so eifrig für die „notwendigen Freiheiten“ eintrat! Uebrigens versäumt die Behörde nicht allein gegen die Arbeiter mit solcher Strenge; gestern wurden in Paris mehrere Directoren von Finanzgesellschaften und industriellen Anstalten verhaftet. Der Director der „Compagnie Navarro-Arragonaise“ wurde nach Mazas gebracht. Einer der Directoren des „Crédit communal de France“ hatte dasselbe Schicksal. Dies machte um so mehr Aufsehen, als unter den Verwaltern dieser Gesellschaft sich ein ehemaliger Senator des Kaiserthums befindet, so wie der General Utrich, der ehemalige Commandant von Straßburg, der Graf Duchatel und Andere mehr. Man muß übrigens den „Crédit communal de France“ nicht mit dem Crédit foncier de France verwechseln. Leider aber haben viele kleine Rentiers aus der Provinz und Bauern diese beiden Gesellschaften verwechselt und ihre Ersparnisse werden henselns Weg gehen, wie die, welche den verschiedenen parisiern Banken anvertraut wurden, deren Directoren ihre Operationen auf der Anlagebank des Correctionalgerichts geendigt haben. In Bezug auf diese letzten Verhaftungen findet der Justizminister den allgemeinen der ganzen Finanz- und höheren Handelswelt.

[Brief des General Chancy.] Die Zeitungen veröffentlichten jetzt den Brief des Generals Chancy, welcher in der Parteiversammlung des linken Centrums an dem Tage verlesen wurde, an welchem Herr Christophe den Vorstieg übernahm. Ueber das Verhältniß zur äußersten Linken wird darin Herr Casimir Perier und seinen Anhängern gegenüber gesagt:

Man hat in durchaus unpassender Weise auf unsere Beziehungen zur äußersten Linken hingewiesen, da sich doch Niemand über deren Sinn täuschen kann. Oder ist das linke Centrum in den Augen aller Einsichtigen nicht die conservativste Gruppe eben aus dem Grunde, weil sie keine eigentliche politische und exclusive Partei bildet. Haben wir übrigens je in irgend einer Weise die Ideen, Bestrebungen und Wünsche der radicalen Partei getheilt oder ermüdt, gebilligt oder zugelassen? Im Gegenteil aber kam uns die äußerste Linke, welche in nichts unsere Meinungen teilt, entgegen und unterstützte uns in allen Fragen, bei denen die Regierung und das Land auf dem Boden unseres Programms interessirt waren. Was ist daran auszuleben? Inwiefern kann diese, ich sage nicht Allianz, sondern Verständigung, die so sehr zwischen allen Parteien zu wünschen wäre, gefährlicher oder selbst überflächlicher erscheinen, als jene, welche zwischen den geistlichen Fractionen der andern Seite der Kammer besteht?

[Der Sturz der Société industrielle] wurde längst erwartet, erregte aber ein gewisses Aufsehen, weil mehrere bonapartistische Würdenträger stark compromittirt sind, u. A. der Erminister Lefevre Durufet und die Präfekten St. Paul und Coetlogon. Wegen dieser Katastrophe und derjenigen des Foncier fusse und Crédit communal haben bereits fünf Verhaftungen stattgefunden. — Der ehemalige Minister Lefevre sich der Verhaftung durch die Flucht entzogen.

[Der Sturm der letzten Tage] hat in einigen südlichen Departements, so in der Nähe von Nizza, Saint-Jean de Luz, Tarbes, Bordeaux und anderen Städten erheblichen Schaden angerichtet. Einige Flüsse sind wieder ausgetreten, darunter der Gers, welcher die Eisenbahnverbindung zwischen Agen und Tarbes unterbrach. Auch die Seine ist wieder so bedeutend angewachsen, daß der Dampfschiffverkehr bei Paris heute auf's Neue eingestellt werden mußte. — Im Canal wütet heute ein furchtbarer Sturm. Seit zwei Tagen ist auf Corsica schreckliches Unwetter. Die Hälfte des neuen Hafendamms ist zerstört worden.

**Spanien.**  
\* Madrid, 21. Januar. [Aus dem Congr. — Serano. — Zorrilla. — Aus Barcelona.] Im Congr. wurde die Debatte über das neue Recrutierungsgesetz, welches die allgemeine Dienstpflicht einführt, eröffnet. Der Kriegsminister vertheidigte den Gesetzentwurf. — Der Antrag, die vorgeschlagene Steuer auf Orden und Adelsstitel abzuändern, wurde mit 64 gegen 29 Stimmen in Betracht gezogen. — Der „Correspondencia“ zufolge hätte der Vorstand der conservativen Partei die Haltung des Marquess Serrano, der kürzlich den König besuchte, gebilligt, der auch seinerseits der Führer dieser Partei bleiben würde. Heute machte auch ein anderes hervorragendes Mitglied der Opposition, Rios Rosas, dem Könige einen Besuch. Der Minister-Präsident Zorrilla ist unwohl. Wenn es nur keine politische Krankheit ist, die ihn befallen hat! — Dem „Tiempo“ wird aus Barcelona geschrieben, daß daselbst unter den Radikalen große Unzufriedenheit mit dem Generalcapitän herrsche, weil derselbe nicht rasch genug gegen die Carlistas vorgehe. Es bildeten sich selbst schon Ansammlungen auf den Straßen, welche laut dessen Wünschung verlangten.

**Großbritannien.**

A. A. C. London, 22. Januar. [Die Zukunft der imperialistischen Partei.] In Chislehurst hielten dieser Tage die Führer der bonapartistischen Partei zwei oder drei Versammlungen ab, in welchen, wie der „Daily Telegraph“ aus unbezweifelter Quelle erschien, folgende Beschlüsse gefaßt wurden:

„Sowohl in der Theorie wie in der Praxis bleibt die Einheit der Leitung der Partei ebenso vollständig, wie sie während des Lebens des Kaisers war; und dies betrachten die Imperialisten als den wesentlichen Punkt. Alle Meinungsverschiedenheiten sowie alle vairrenden Geschäftsbetrügerungen sind angefeindet jener großen Erinnerung und jenes unermöglichlichen Gedauerns, daß die Herzen aller erfüllte, besiegt worden, und in einer Zahl so großen und breitern der Vertretung jeder Parteisektion, als die Umstände gestatteten, so vollständigen Versammlungen wurde die Eintracht der Wünsche und enge persönliche Einheit der Partei feierlich proklamiert.“

„Die Kaiserin und der Prinz Napoleon übernehmen die politische Vormundschaft des kaiserlichen Prinzen, und folglich die Leitung der bonapartistischen Partei. Alles geschieht auf ihre Anordnung und unter ihrer Autorität. Kein Manifest, keine Proklamation wird erlassen werden. Die Politik des dahingesezten Kaisers wird von dem ersten Prinzen seines Gehütes und der heldenmäßigen Wittwe, die seine Augen schloß und seine letzten Worte empfing, ausgeführt werden. Beide werden sich jenen hohen Pflichten gewachsen zeigen.“

„Der junge Prinz wird nicht den Namen Napoleon IV. führen, ausgenommen in den Herzen seiner getreuen Anhänger. Er wird sich Prinz Louis Napoleon nennen, wie dies sein Vater war, ehe Frankreich durch seine acht Millionen Stimmen die Kaiserkrone auf sein Haupt setzte. Im Privatleben und während seines Aufenthalts im Auslande wird er den Namen Graf von Pierrefonds annehmen.“

„Er liegt darin, wie man sehen wird, weder ein Programm noch ein Haufen nach Effect, aber, was viel wichtiger ist, eine gesunde und unbirpte politische Richtung und eine gesunde Würdigung bestehender Verhältnisse.“

[Protest für die carlistische Armee.] Der „Standard“ bringt folgendes „Gesetz“:

„Mit Bezug auf die vielen falschen telegraphischen Depeschen, die in der europäischen Presse aus Madrid veröffentlicht worden sind, in denen die Armee von Don Carlos beschuldigt wird, die Station Pamplona mit Petroleum verbrannt und andere Handlungen ähnlichen Charakters begangen zu haben, ist das Carlisten-Comité in London in der Lage, die angebliche Beschuldigung gegen die Disciplin und das Vertragen der Armee Carls VII. nachdrücklich in Abrede zu stellen und zu erklären, daß in jeder Beziehung dieselben Regeln und dieselbe Disciplin wie in den wohlgeordneten Armeen Europa's beobachtet werden. Ich habe die Ehre u. s. w.“

C. E. Stuart, Major.

Chronosekretär des Carlisten-Comité's.“  
P. S. Das Comité ist offiziell in Kenntnis gesetzt worden, daß die Depeschen bezüglich der Niederlage und des Todes des Carlisten-Generals Castells (Castells) und anderer untergeordneter Chefs thatsächlich gänzlich der Begründung entbehren.

[Der Riesenstreik in Süd-Wales] dürfte allem Anschein nach, trotz des erwähnten Hoffnungsschimmers auf dessen Beilegung, seinen Fortgang nehmen. Gestern wurde von Seiten der Arbeitgeber der Befehl gegeben, das Feuer in sämlichen noch brennenden Hochöfen auszulöschen. Die feiernden Arbeiter hielten gleichzeitig eine Versammlung ab, in welcher der Präsident des Verbandes der Grubenarbeiter denselben die Versicherung erhielt, daß die finanziellen Verhältnisse des Gewerkeverbands nicht allein gestatten, seinen eigenen Mitgliedern den vollen Unterhalt zu gewähren, sondern auch Nichtmitglieder zu unterstützen.

[Verurtheilung.] Der Queens-Bench-Gerichtshof hat das polizeiliche Erkenntniß, welches einer der Redner (Beileg) des im Oktober im Hyde-Park stattgefundenen Fenter-Amnestie-Meetings ab, wegen Nebertretung des Parkverordnungen zu einer Geldstrafe von 5 Pf. verurtheilt, bestätigt und den Abbellanten abgewiesen.

[Die Katholiken in Birmingham] hielten gestern anlässlich ihrer 19. jährlichen Reunion eine große Versammlung, in welcher Dr. Allathorne, der Bischof der Diözese eine Rede hielt, worin er den Liberalismus sehr streng beurtheilte.

Der Liberalismus, sagte er, hätte Jahrhunderte alte Institutionen in Italien umgestoßen und „Nieder mit der Monarchie!“, „Nieder mit dem Eigentum“ gerufen. Er hätte geschrieben „Nieder mit dem Priester!“, was soviel bedeutete als „Nieder mit dem Christenthum!“ In Frankreich hätte der Liberalismus seinen Typus in den Communisten, und in Deutschland seinen Erbfeind in Fürst Bismarck gefunden. Nach einer festigen Kritik über die Behandlung der Jesuiten in Deutschland stellte Dr. Allathorne in Abrede, daß die Jesuiten sich in neuerer Zeit irgendwie in die Politik gemacht hätten,

[Der Rev. B. S. Moyle, Vicar von Eston, der sich, wie bereits mitgetheilt, großartiger Fälschungen von Affären und anderen Wertpapieren schuldig gemacht hat, ist nach beendetem Voruntersuchung vor die Affären im Vor verweise worden.

[Die Verhaftung des Pastors Dr. Hessel.] unter dem Verdacht die Frauensperson Harriet Buswell in der Great Ormond-street am Weihnachtsabend ermordet zu haben, hat unter der deutschen Bevölkerung in London nicht geringe Sensation herverursacht, und viele angebliche Deutsche begaben sich gestern nach Kroll's Hotel, wo die Gattin des Verhafteten logirt, um ihr ihre Theilnahme auszubürgern. Dr. Hessel ist aus Danzig, wo er, nächst seinem geistlichen Amte, ein Knaben-Pensionat hatte. Er befand sich mit seiner jungen Gattin an Bord des deutschen Auswanderer-Schiffes „Wangerland“, das kurz vor Weihnachten während der letzten furchtbaren Stürme auf den Gordwin-Sandbänken Schiffbruch gelitten hatte, auf der Reise nach Brasilien, woselbst er ein Engagement als Pastor einer deutsch-lutherischen Kirche für zehn Jahre angenommen hatte. In der Begleitung des Dr. Hessel's Gepäckes befand sich der Apotheker Wohlebe. Dr. Hessel hatte gestern vor dem Polizeigericht in Bow-street sein erstes Verhör zu bestehen. Der Polizeibericht schildert sein Aussehen wie folgt: Ancheinend 23 Jahre alt, kurz, stämmig gebaut und mit Gesichtszügen eines deutlich deutschen Typus. Das kaiserl. deutsche General-Consulat hatte ihm in der Person des Advocaten Douglas Straigh einen ex officio Vertheidiger gestellt. Der Hauptbelastungszeug ist ein Kellner aus dem Hotel de Cadou in Leicestersquare, in welchem der Angeklagte am Abend vor dem Mord mit der Frauensperson Buswell nach einem Besuch in der Alhambra soupirt haben soll. Derselbe erklärte mit vielen Bestimmtheit, daß er den Angeklagten sowie dessen Begleiterin an dem erwähnten Abend bestellt habe. Hierauf wurde das Verhör fortgesetzt. Wie es heißt, wird zu Dr. Hessel's Gunsten im nächsten Verhör ein starkes Alibi vorgebracht werden. Fr. Kroll, die Tochter des Hotelbestlers, bei welchem Dr. Hessel nebst seiner Gemahlin logirte, macht die folgenden Angaben: Dr. Hessel wurde uns, als Zimmer für ihn bestellt wurden, warm empfohlen. Er kam mit

seiner Frau am Sonntag Abend, den 22. December, an, und da wir beide als adhbar kannten, gestalteten wir ihnen während der Weihnachtsfeiertage den Besuch in unserem Familienkreis. Am Montag Morgen fuhren Dr. Hessel und Frau spazieren und kamen zum Mittagstisch nach Hause. Nachmittags beklagte er sich über starkes Unwohlsein und zog sich in sein Zimmer zurück; seine Frau blieb bis 7 Uhr bei ihm, worauf sie herunterkam um den Thee zu holen. Er blieb während des ganzen Dinstages oben; aber am Dienstag Abend um 7 Uhr kamen er und seine Frau herunter, um den Weihnachtsbaum anzusehen, und da wir Gesellschaft hatten, blieben sie bis 11 Uhr bei uns. Dann ging er wieder nach oben, und da er sich nicht wohl fühlte, wünschte er ein zweites Bett für sich selber, um seine Frau nicht zu stören. Er hatte das durch Flügeltüren von seinem ursprünglichen Zimmer getrennte Gemach inne. Um 12 läutete er und ließ sich etwas Camillentee bringen, und seine Frau wachte bis 4 Uhr Morgens an seinem Bett. Der Hausthaupt sagt, daß die Hotelküche stets geschlossen gehalten wird, und daß Niemand einz- und ausgehen kann, ohne daß die Türe für ihn geöffnet wird. Dr. Hessel ging jede Nacht gar nicht aus. Anderer Innenhof des Hauses sind im Stande, diese Angaben zu bestätigen. Das Schiff segelte gestern nach Brasilien ab. Das Dolmetscher, das man bei Dr. Hessel fand, wurde ihm von Herrn Wohlebe in Rambgate gekauft und geschenkt. Auf den Ausgang der polizeilichen Voruntersuchung ist man äußerst gespannt.

### Schweidem.

Stockholm, 20. Januar. [Die Thronrede] mit welcher der König den Reichstag eröffnete, lautet vollständig wie folgt:

Gute Herren und Schweden.

Über fünf Decembris sind verflossen, seitdem mein berühmter Großvater den Thron bestieg, auf welchen das Volk Schwedens Ihn durch freie Wahl berufen hatte.

Diese Zeit ist für unser Vaterland eine Friedenszeit gewesen. Ein vermehrtes Wohlstand, eine glückliche Staatsentwicklung und ein ungestörtes Zusammenwirken zwischen der Regierung und dem Volke sind die bezeichnenden Züge derselben gewesen.

Carl Johann wurde ein Schwede und sein Geschlecht hat eine Ehre dagegen gesetzt es zu sein. In der Liebe des Volkes sah der Stammvater seine Belohnung, und immer einstimmiger wird das Zeugnis vor Geschichte, wie sehr er dazu berechtigt war. Recht und Wahrheit zu stärken wurde die auf die Worte unserer Grundgesetz geführte Regierungsaufgabe des Sohnes, und die Ehre des erstgeborenen Enkels ist es, mit Gekreuz das Land gebaut zu haben.

Unter seiner dreizehnjährigen friedseligen und glücklichen Regierungszeit, umfaßt von der Liebe seiner Völker, in Carl dem Fünfzehnten die tiefste Beirührung derselben in seine eben erst geschlossene Krone gefolgt. Mit der Trauer des Landes über das allzuharte Ableben eines leuteligen Königs vereinigt sich auch die Meinige über den Verlust des hochgeliebten Bruders, von welchem ich den uralten Thron Schwedens geerbt habe; und da ich jetzt Sie, gute Herren und Schweden zum ersten mal als König begrüße, gleichzeitig es mit der Hoffnung, daß Sie einen Theil der Ergebenheit die mein Vorgänger befreit hat, auf mich übertragen und mir das Vertrauen schenken werden, welches die sicherste Stütze des Thrones ist.

Das erste Zusammentreffen zwischen dem Könige und den gesetzlichen Abgeordneten des Volkes ist bedeutungsvoll. Es leitet den Gedanken auf den eigentlichen Grund einer Staatsverfassung, welche festgewurzelt durch das Alter und durch Jahrhunderte fortgepflanzt, noch heutigen Tages die Kraft und das Glück unseres Landes bildet.

Der König und das Volk Schwedens, beide nicht allein ihrer in dem Geseze bestimmten Rechte, sondern auch ihrer Verantwortlichkeit bewußt, sollen einander mit gegenseitiger Achtung und Liebe befreunden und bestehen. So wird das allgemeine Wohl befördert und mit Gottes Hilfe das Land unserer Väter geehrt und frei den Nachkommen hinterlassen werden.

Die Vereinigungssatz zwischen Schweden und Norwegen hat ein Band gefestigt, welches die Zeit schön besiegelt hat. Vermehrte Verbindungen und ein vertraulicher Umgang zwischen den Völkern werden die Bemühungen für beide gemeinsamen Königs erleichtern, diese Vereinigung, welche für die Selbstständigkeit und das Glück der Brüderreiche eine Burgschaft bildet, zu stärken und zu entwideln.

Von Monarchen und Staatsoberhäuptern fremder Länder habe ich Versicherungen sowohl ihrer Theilnahme an unserem großen Verlust als auch ihrer freundschaftlichen Gefühle gegen mich und die Vereinigten Niederlande entgegen zu nehmen gebaut.

Mit allen fremden Mächten die so glücklich bestehenden guten Verhältnisse beizubehalten und zu entwickeln, soll der Gegenstand meiner unablässigen Bemühungen sein. Je einiger wir in uns selbst sind, desto stärker und geehrter wird auch unsere äußere politische Stellung sein.

Durch die neulich abgeschlossene skandinavische Kunst- und Industrie-Ausstellung in Kopenhagen ist das junge Verhältniß, welches zwischen uns und unserem Nachbarstaate Dänemark herrscht, noch klarer an den Tag gelegt worden. Der Vorschlag zu einem gemeinschaftlichen skandinavischen Wirtschaftssystem, welches nach mehrfachen Vorbereitungen Ihnen jetzt vorgelegt werden wird, soll, wie ich hoffe, zu einer noch größeren Annäherung zwischen Stammverwandten beitragen, welche so viele gemeinschaftliche Interessen haben.

Die wichtige Frage von einem Orden des Vertheidigungswesens auf eine reelle Selbstständigkeit über stellende Weise soll der Gegenstand meiner ernsten Sorgen sein. Ein Vorschlag zu veränderten Bestimmungen für die Organisation des Heeres ist unter Ausarbeitung. Unter einer jeden Organisationsform ist inzwischen ein vollständiger und wohlgeordneter Generalstab notwendig. Der Vorschlag zur Bildung eines solchen soll Ihnen mitgetheilt und in gewissen Theilen Ihrer Prüfung anhängen gestellt werden. Zu der Organisation des Militärpersonals der Seevertheidigung ist ein Vorschlag entworfen, welcher gebaut ist auf den Grundlagen, daß die Vertheidigung unserer Küsten die Aufgabe der Flotte ist.

Die den Gewerben glücklichen Verhältnisse der letzten Jahre und der reichliche Vorrath des Capitals, welcher daraus entstanden ist, mahnen zur Arbeit für die weitere Entwicklung der Hilfsquellen unseres Landes. Während Eisenbahnen, vollenet oder in Anlage begriffen, die südlichen Theile des Landes in mehreren Richtungen durchschneiden, entbreiten die nördlichen diese Kommunikationsmittel noch beinahe gänzlich. Ich will Ihnen daher vorbereitende Maßregeln zur Anlage einer Stammbahn im Norden der Gefle-Dala-Eisenbahn vorschlagen.

Zur Erleichterung in den seit alten Zeiten auf der Erde bestehenden Be schwerden bin ich gekommen, einen Vorschlag über das Aufhören des Kronbriefstragens abzugeben.

Bereidene Veränderungen im Unterrichtswesen bei unseren höheren Lehranstalten sind in der letzten Zeit zur Sprache gekommen. Nachdem ein zur Ausarbeitung der Angelegenheit verordnetes Comite in dem verflossenen Jahre seine Arbeit vollendet hat, beabsichtige ich jetzt, Ihnen einen Plan zur Anordnung dieser wichtigen Angelegenheit vorzulegen.

Gottes Segen auf den Reichstag herabwürfend, welchen ich hiermit für eröffnet erläre, verbleibe ich Ihnen, gute Herren und Schweden, mit aller königlichen Gnade und Gunst stets wohlbewogen."

### Provinzial-Befreiung.

Breslau, 25. Januar. [Tagesbericht.]

† [Kirchliche Nachrichten.] Amtspredigt. St. Elisabeth: Senior Piech, 9 Uhr. St. Maria Magdalena: Sub-Senior Weingärtner 9 Uhr. St. Bernhardin: Prediger Günther, Probedpredigt für das zweite Diaconat, 9 Uhr. Hofkirche: Prediger Faber, 10 Uhr. 11,000 Jungfrauen: Lector Kubis, 9 Uhr. St. Barbara (für die Militär-Gemeinde): Vicar Hosenfelder, 11 Uhr. St. Barbara (für die Civil-Gemeinde): Ecclesiast Rutta, 8½ Uhr. Krankenhaus: Prediger Mühlwitz, 10 Uhr. St. Christopher: Pastor Staubler, 8 Uhr. St. Trinitatis: Prediger David, 9 Uhr. Armenhaus: Pastor Ehler, 9 Uhr. Bethanien: Pastor Ulrich, 10 Uhr.

Nachmittagspredigt. St. Elisabeth: Sub-Senior Neugebauer, 2 Uhr. St. Maria Magdalena: Diakon Ratner, 2 Uhr. St. Bernhardin: Lector Dede, 2 Uhr. Hofkirche: Prediger Lochmann, 2 Uhr. 11,000 Jungfrauen: Prediger Hesse, 2 Uhr. St. Barbara (für die Civil-Gemeinde): Prediger Krištin, 2 Uhr. St. Christopher: Pastor Staubler, (Bibels.), 1½ Uhr. Armenhaus: Prediger Meyer, 1 Uhr. Evangelische Brüder-Societät (Vorwerksstraße Nr. 28): Prediger Erleben, 4 Uhr.

\* \* Die heutige Nr. des "Schles. Protestantentheilates" bringt den Vorläufer der Adresse, welche der Schles. Protestantentheil durch eine Deputation am vorigen Sonntage dem Herrn Prediger Dr. Sydow hat überreichen lassen. (S. Nr. 36 der Bresl. Ztg.) Die Adresse lautet:

"Hochwürdiger Herr! Fast ein halbes Jahrhundert haben Sie als Geistlicher in unveränderbarer Treue der evangelischen Kirche gedient. Für Ihre Gemeinde ein hochbegabter, gewissenhafter und wahrhaftiger Verkünder"

des göttlichen Wortes, sind Sie für Ihre Amtsbrüder in dem Zeitraum Ihres Wirkens ein leuchtendes Vorbild gewesen. Aber nicht nur in dem engeren Kreise der Ihnen zugewiesenen Gemeinden, auch für die evangelische Gesamtgemeinde haben Sie mit Seiner gearbeitet. — Ausgeritter mit den Schäften eines reichen theologischen Wissens, haben Sie zu allen, auch den schwersten Zeiten, das große Friedenswerk unseres verehrten hochseligen Königs, Friedrich Wilhelm III., gegen alle Anfeindungen vertheidigt und geschützt. — Vor Allem wäre Ihnen dafür gerade die kirchliche Bewörde zu Dank verpflichtet gewesen. Aber während Sie mit gereister Erfahrung der Pflicht nachkamen, der evangelischen Gemeinde die Wahrheit nicht vorzuhalten, wünschte er ein zweites Bett für sich selber, um seine Frau nicht zu stören. Er hatte das durch Flügeltüren von seinem ursprünglichen Zimmer getrennte Gemach inne. Um 12 läutete er und ließ sich etwas Camillentee bringen, und seine Frau wachte bis 4 Uhr Morgens an seinem Bett. Der Hausthaupt sagt, daß die Hotelküche stets geschlossen gehalten wird, und daß Niemand einz- und ausgehen kann, ohne daß die Türe für ihn geöffnet wird. Dr. Hessel ging jede Nacht gar nicht aus. Anderer Innenhof des Hauses sind im Stande, diese Angaben zu bestätigen. Das Schiff segelte gestern nach Brasilien ab. Das Dolmetscher, das man bei Dr. Hessel fand, wurde ihm von Herrn Wohlebe in Rambgate gekauft und geschenkt. Auf den Ausgang der polizeilichen Voruntersuchung ist man äußerst gespannt.

**Schweidem.**

Stockholm, 20. Januar. [Die Thronrede] mit welcher der König den Reichstag eröffnete, lautet vollständig wie folgt:

Gute Herren und Schweden.

Über fünf Decembris sind verflossen, seitdem mein berühmter Großvater den Thron bestieg, auf welchen das Volk Schwedens Ihn durch freie Wahl berufen hatte.

Diese Zeit ist für unser Vaterland eine Friedenszeit gewesen. Ein vermehrtes Wohlstand, eine glückliche Staatsentwicklung und ein ungestörtes Zusammenwirken zwischen der Regierung und dem Volke sind die bezeichnenden Züge derselben gewesen.

Carl Johann wurde ein Schwede und sein Geschlecht hat eine Ehre dagegen gesetzt es zu sein. In der Liebe des Volkes sah der Stammvater seine Belohnung, und immer einstimmiger wird das Zeugnis vor Geschichte, wie sehr er dazu berechtigt war. Recht und Wahrheit zu stärken wurde die auf die Worte unserer Grundgesetz geführte Regierungsaufgabe des Sohnes, und die Ehre des erstgeborenen Enkels ist es, mit Gekreuz das Land gebaut zu haben.

Unter seiner dreizehnjährigen friedseligen und glücklichen Regierungszeit, umfaßt von der Liebe seiner Völker, in Carl dem Fünfzehnten die tiefste Beirührung derselben in seine eben erst geschlossene Krone gefolgt. Mit der Trauer des Landes über das allzuharte Ableben eines leuteligen Königs vereinigt sich auch die Meinige über den Verlust des hochgeliebten Bruders, von welchem ich den uralten Thron Schwedens geerbt habe; und da ich jetzt Sie, gute Herren und Schweden zum ersten mal als König begrüße, gleichzeitig es mit der Hoffnung, daß Sie einen Theil der Ergebenheit die mein Vorgänger befreit hat, auf mich übertragen und mir das Vertrauen schenken werden, welches die sicherste Stütze des Thrones ist.

Das erste Zusammentreffen zwischen dem Könige und den gesetzlichen Abgeordneten des Volkes ist bedeutungsvoll. Es leitet den Gedanken auf den eigentlichen Grund einer Staatsverfassung, welche festgewurzelt durch das Alter und durch Jahrhunderte fortgepflanzt, noch heutigen Tages die Kraft und das Glück unseres Landes bildet.

Der König und das Volk Schwedens, beide nicht allein ihrer in dem Geseze bestimmten Rechte, sondern auch ihrer Verantwortlichkeit bewußt, sollen einander mit gegenseitiger Achtung und Liebe befreunden und bestehen. So wird das allgemeine Wohl befördert und mit Gottes Hilfe das Land unserer Väter geehrt und frei den Nachkommen hinterlassen werden.

Die Vereinigungssatz zwischen Schweden und Norwegen hat ein Band gefestigt, welches die Zeit schön besiegelt hat. Vermehrte Verbindungen und ein vertraulicher Umgang zwischen den Völkern werden die Bemühungen für beide gemeinsamen Königs erleichtern, diese Vereinigung, welche für die Selbstständigkeit und das Glück der Brüderreiche eine Burgschaft bildet, zu stärken und zu entwideln.

Von Monarchen und Staatsoberhäuptern fremder Länder habe ich Versicherungen sowohl ihrer Theilnahme an unserem großen Verlust als auch ihrer freundschaftlichen Gefühle gegen mich und die Vereinigten Niederlande entgegen zu nehmen gebaut.

Mit allen fremden Mächten die so glücklich bestehenden guten Verhältnisse beizubehalten und zu entwickeln, soll der Gegenstand meiner unablässigen Bemühungen sein. Je einiger wir in uns selbst sind, desto stärker und geehrter wird auch unsere äußere politische Stellung sein.

Durch die neulich abgeschlossene skandinavische Kunst- und Industrie-Ausstellung in Kopenhagen ist das junge Verhältniß, welches zwischen uns und unserem Nachbarstaate Dänemark herrscht, noch klarer an den Tag gelegt worden. Der Vorschlag zu einem gemeinschaftlichen skandinavischen Wirtschaftssystem, welches nach mehrfachen Vorbereitungen Ihnen jetzt vorgelegt werden wird, soll, wie ich hoffe, zu einer noch größeren Annäherung zwischen Stammverwandten beitragen, welche so viele gemeinschaftliche Interessen haben.

Die wichtige Frage von einem Orden des Vertheidigungswesens auf eine reelle Selbstständigkeit über stellende Weise soll der Gegenstand meiner ernsten Sorgen sein. Ein Vorschlag zu veränderten Bestimmungen für die Organisation des Heeres ist unter Ausarbeitung. Unter einer jeden Organisationsform ist inzwischen ein vollständiger und wohlgeordneter Generalstab notwendig. Der Vorschlag zur Bildung eines solchen soll Ihnen mitgetheilt und in gewissen Theilen Ihrer Prüfung anhängen gestellt werden. Zu der Organisation des Militärpersonals der Seevertheidigung ist ein Vorschlag entworfen, welcher gebaut ist auf den Grundlagen, daß die Vertheidigung unserer Küsten die Aufgabe der Flotte ist.

Die den Gewerben glücklichen Verhältnisse der letzten Jahre und der reichliche Vorrath des Capitals, welcher daraus entstanden ist, mahnen zur Arbeit für die weitere Entwicklung der Hilfsquellen unseres Landes. Während Eisenbahnen, vollenet oder in Anlage begriffen, die südlichen Theile des Landes in mehreren Richtungen durchschneiden, entbreiten die nördlichen diese Kommunikationsmittel noch beinahe gänzlich. Ich will Ihnen daher vorbereitende Maßregeln zur Anlage einer Stammbahn im Norden der Gefle-Dala-Eisenbahn vorschlagen.

Zur Erleichterung in den seit alten Zeiten auf der Erde bestehenden Be schwerden bin ich gekommen, einen Vorschlag über das Aufhören des Kronbriefstragens abzugeben.

Bereidene Veränderungen im Unterrichtswesen bei unseren höheren Lehranstalten sind in der letzten Zeit zur Sprache gekommen. Nachdem ein zur Ausarbeitung der Angelegenheit verordnetes Comite in dem verflossenen Jahre seine Arbeit vollendet hat, beabsichtige ich jetzt, Ihnen einen Plan zur Anordnung dieser wichtigen Angelegenheit vorzulegen.

Gottes Segen auf den Reichstag herabwürfend, welchen ich hiermit für eröffnet erläre, verbleibe ich Ihnen, gute Herren und Schweden, mit aller königlichen Gnade und Gunst stets wohlbewogen."

**Schweidem.**

Stockholm, 20. Januar. [Die Thronrede] mit welcher der König den Reichstag eröffnete, lautet vollständig wie folgt:

Gute Herren und Schweden.

Über fünf Decembris sind verflossen, seitdem mein berühmter Großvater den Thron bestieg, auf welchen das Volk Schwedens Ihn durch freie Wahl berufen hatte.

Diese Zeit ist für unser Vaterland eine Friedenszeit gewesen. Ein vermehrtes Wohlstand, eine glückliche Staatsentwicklung und ein ungestörtes Zusammenwirken zwischen der Regierung und dem Volke sind die bezeichnenden Züge derselben gewesen.

Carl Johann wurde ein Schwede und sein Geschlecht hat eine Ehre dagegen gesetzt es zu sein. In der Liebe des Volkes sah der Stammvater seine Belohnung, und immer einstimmiger wird das Zeugnis vor Geschichte, wie sehr er dazu berechtigt war. Recht und Wahrheit zu stärken wurde die auf die Worte unserer Grundgesetz geführte Regierungsaufgabe des Sohnes, und die Ehre des erstgeborenen Enkels ist es, mit Gekreuz das Land gebaut zu haben.

Unter seiner dreizehnjährigen friedseligen und glücklichen Regierungszeit, umfaßt von der Liebe seiner Völker, in Carl dem Fünfzehnten die tiefste Beirührung derselben in seine eben erst geschlossene Krone gefolgt. Mit der Trauer des Landes über das allzuharte Ableben eines leuteligen Königs vereinigt sich auch die Meinige über den Verlust des hochgeliebten Bruders, von welchem ich den uralten Thron Schwedens geerbt habe; und da ich jetzt Sie, gute Herren und Schweden zum ersten mal als König begrüße, gleichzeitig es mit der Hoffnung, daß Sie einen Theil der Ergebenheit die mein Vorgänger befreit hat, auf mich übertragen und mir das Vertrauen schenken werden, welches die sicherste Stütze des Thrones ist.

Das erste Zusammentreffen zwischen dem Könige und den gesetzlichen Abgeordneten des Volkes ist bedeutungsvoll. Es leitet den Gedanken auf den eigentlichen Grund einer Staatsverfassung, welche festgewurzelt durch das Alter und durch Jahrhunderte fortgepflanzt, noch heutigen Tages die Kraft und das Glück unseres Landes bildet.

Der König und das Volk Schwedens, beide nicht allein ihrer in dem Geseze bestimmten Rechte, sondern auch ihrer Verantwortlichkeit bewußt, sollen einander mit gegenseitiger Achtung und Liebe befreunden und bestehen. So wird das allgemeine Wohl befördert und mit Gottes Hilfe das Land unserer Väter geehrt und frei den Nachkommen hinterlassen werden.

Die Vereinigungssatz zwischen Schweden und Norwegen hat ein Band gefestigt, welches die Zeit schön besiegelt hat. Vermehrte Verbindungen und ein vertraulicher Umgang zwischen den Völkern werden die Bemühungen für beide gemeinsamen Königs erleichtern, diese Vereinigung, welche für die Selbstständigkeit und das Glück der Brüderreiche eine Burgschaft bildet, zu stärken und zu entwideln.

Von Monarchen und Staatsoberhäuptern fremder Länder habe ich Versicherungen sowohl ihrer Theilnahme an unserem großen Verlust als auch ihrer freundschaftlichen Gefühle gegen mich und die Vereinigten Niederlande entgegen zu nehmen gebaut.

Mit allen fremden Mächten die so glücklich bestehenden guten Verhältnisse beizubehalten und zu entwickeln, soll der Gegenstand meiner unablässigen Bemühungen sein. Je einiger wir in uns selbst sind, desto stärker und geehrter wird auch unsere äußere politische Stellung sein.

Durch die neulich abgeschlossene skandinavische Kunst- und Industrie-Ausstellung in Kopenhagen ist das junge Verhältniß, welches zwischen uns und unserem Nachbarstaate Dänemark herrscht, noch klarer an den Tag gelegt worden. Der Vorschlag zu einem gemeinschaftlichen skandinavischen Wirtschaftssystem, welches nach mehrfachen Vorbereitungen Ihnen jetzt vorgelegt werden wird, soll, wie ich hoffe, zu einer noch größeren Annäherung zwischen Stammverwandten beitragen, welche so viele gemeinschaftliche Interessen haben.

Die wichtige Frage von einem Orden des Vertheidigungswesens auf eine reelle Selbstständigkeit über stellende Weise soll der Gegenstand meiner ernsten Sorgen sein. Ein Vorschlag zu veränderten Bestimmungen für die Organisation des Heeres ist unter Ausarbeitung. Unter einer jeden Organisationsform ist inzwischen ein vollständiger und wohlgeordneter Generalstab notwendig. Der Vorschlag zur Bildung eines solchen soll Ihnen mitgetheilt und in gewissen Theilen Ihrer Prüfung anhängen gestellt werden. Zu der Organisation des Militärpersonals der Seevertheidigung ist ein Vorschlag entworfen, welcher gebaut ist auf den Grundlagen, daß die Vertheidigung unserer Küsten die Aufgabe der Flotte ist.

Die den Gewerben glücklichen Verhältnisse der letzten Jahre und der reichliche Vorrath des Capitals, welcher daraus entstanden ist, mahnen zur Arbeit für die weitere Entwicklung der Hilfsquellen unseres Landes. Während Eisenbahnen, vollenet oder in Anlage begriffen, die südlichen Theile des Landes in mehreren Richtungen durchschneiden, entbreiten die nördlichen diese Kommunikationsmittel noch beinahe gänzlich. Ich will Ihnen daher vorbereitende Maßregeln zur Anlage einer Stammbahn im Norden der Gefle-Dala-Eisenbahn vorschlagen.

Zur Erleichterung in den seit alten Zeiten auf der Erde bestehenden Be schwerden bin ich gekommen, einen Vorschlag über das Aufhören des Kronbriefstragens abzugeben.

Bereidene Veränderungen im Unterrichtswesen bei unseren höheren Lehranstalten sind in der letzten Zeit zur Sprache gekommen. Nachdem ein zur Ausarbeitung der Angelegenheit verordnetes Comite in dem verflossenen Jahre seine Arbeit vollendet hat, beabsichtige ich jetzt, Ihnen einen Plan zur Anordnung dieser wichtigen Angelegenheit vorzulegen.

Gottes Segen auf den Reichstag herabwürfend, welchen ich hiermit für eröffnet erläre, verbleibe ich Ihnen, gute Herren und Schweden, mit aller königlichen Gnade und Gunst stets wohlbewogen."

**Schweidem.**

Stockholm, 20. Januar. [Die Thronrede] mit welcher der König den Reichstag eröffnete, lautet vollständig wie folgt:

Gute Herren und Schweden.

Über fünf Decembris sind verflossen, seitdem mein berühmter Großvater den Thron bestieg, auf welchen das Volk Schwedens Ihn durch freie Wahl berufen hatte.

Diese Zeit ist für unser Vaterland eine Friedenszeit gewesen. Ein vermehrtes Wohlstand, eine glückliche Staatsentwicklung und ein ungestörtes Zusammenwirken zwischen der Regierung und dem Volke sind die bezeichnenden Züge derselben gewesen.

Carl Johann wurde ein Schwede und sein Geschlecht hat eine Ehre dagegen gesetzt es zu sein. In der Liebe des Volkes sah der Stammvater seine Belohnung, und immer einstimmiger wird das Zeugnis vor Geschichte, wie sehr er dazu berechtigt war. Recht und Wahrheit zu stärken wurde die auf die Worte unserer Grundgesetz geführte Regierungsaufgabe des Sohnes, und die Ehre des erstgeborenen Enkels ist es, mit Gekreuz das Land gebaut zu haben.

Unter seiner dreizehnjährigen friedseligen und glücklichen Regierungszeit, umfaßt von der Liebe seiner Völker, in Carl dem Fünfzehnten die tiefste Beirührung derselben in seine eben erst geschlossene Krone gefolgt. Mit der Trauer des Landes über das allzuharte Ableben eines leuteligen Königs vereinigt sich auch die Meinige über den Verlust des hochgeliebten Bruders, von welchem ich den uralten Thron Schwedens geerbt habe; und da ich jetzt Sie, gute Herren und Schweden zum ersten mal als König begrüße, gleichzeitig es mit der Hoffnung, daß Sie einen Theil der Ergebenheit die mein Vorgänger befreit hat, auf mich übertragen und mir das Vertrauen schenken werden, welches die sicherste Stütze des Thrones ist.

Das erste Zusammentreffen zwischen dem Könige und den gesetzlichen Abgeordneten des Volkes ist bedeutungsvoll. Es leitet den Gedanken auf den eigentlichen Grund einer Staatsverfassung, welche festgewurzelt durch das Alter und durch Jahrhunderte fortgepflanzt, noch heutigen Tages die Kraft und das Glück unseres Landes bildet.

Der König und das Volk Schwedens, beide nicht allein ihrer in dem Geseze bestimmten Rechte, sondern auch ihrer Verantwortlichkeit bewußt, sollen einander mit gegenseitiger Achtung und Liebe befreunden und bestehen. So wird das allgeme

	20.	21.	22.	23.	24.	25.
Breis. 4½ proc. Anleihe.	101%	101%	101%	101%	101%	102
Schl. 3½ proc. Bdbr. Litt. A.	83	83	83	83	83	83
Schle. 4proc. Bdbr. Litt. A.	92	91%	92	92	92½	92
Schle. Rentenbriefe.	94	94%	94	94%	94	93%
Schl. Bankvereins-Antw.	159	158%	159%	158%	159	158%
Breslauer Disconto-Bank.	120%	119%	120	119%	120%	119%
(Friedenthal u. Co.)						
Breslauer Mälzer-Bank.	139	139%	139	138%	139	139
Breslauer Wechslerbank.	129%	128%	129%	128%	128	128
Schlesischer Bodencredit.	—	105	105	105	105	105
Obersch. St. A. Litt. A. u. C.	216%	215%	215%	216%	216	216%
Freiburger Siamactien.	127%	125%	123%	122	122%	123%
Rechte-O.-Stamm-Action.	127%	127	127	126%	127	127
dito Stamm-Prior.	—	124%	125%	125	124%	124%
Warschau-Wiener Si.-M.	—	—	—	87	—	—
Lombarden.	115	114	115%	115	116%	115%
Rumänische Eisenb.-Oblig.	44%	44	44	44	44	44
Russisches Papiergeld.	82%	82%	82	82%	82%	82%
Desterr. Banknoten.	92%	92%	92%	92%	92%	92%
Desterr. Aktien.	203	201%	202	202	204%	203%
Desterr. 1860er Voos.	96%	96%	96%	96%	96%	96%
Silber-Rente.	65%	65%	65%	65%	65%	65%
Italienische Anleihe.	—	65	65%	—	—	—
Amerik. 1882er Anleihe.	97%	97%	97%	97%	—	—
Obersch. Eisenb.-Bedarfs-M.	157	155	155%	—	156	155%
Berein. Königs- und Lauraa-						
Hütte-Actionen.	242	240	242%	242	245%	243%
Schl. Leinen-Jud. (Kramsta)	106	105%	105½	105%	106%	106%
Schl. Immobilien.	119	118	120	120	120	—
Donnersmarchütte.	100%	100%	99	98%	97%	97

Breslau, 24. Januar. [Amtlicher Producten-Börse-Report.]

Kleesaat, rothe unverändert, ordinäre 11½—12% Thlr., mittle 12½ bis 13% Thlr., seine 14½—15% Thlr., hochseine 15½—16½ Thlr. pr. 50 Kilogr. — Kleesaat, weisse matt, ordinäre 12—14 Thlr. mittle 16—17% Thlr., seine 20—22 Thlr., hochseine 20½—22 Thlr. pr. 50 Kilogr.

Rogggen (pr. 1000 Kilogr.) matt, gef. 1000 Ctr., pr. Januar 57% Thlr.

Br. 57% Thlr. Br., Januar-Februar —, April-Mai 57 Thlr. bezahlt, Mai-Juni 57½ Thlr. Br., Juni-Juli 57½ Thlr. Br.

Weizen (pr. 1000 Kilogr.) pr. Januar 85 Thlr. Br.

Gerste (pr. 1000 Kilogr.) pr. Januar 52 Thlr. Br.

Hafer (pr. 1000 Kilogr.) pr. Januar 42 Thlr. Br., April-Mai 44½ Br.

Raps (pr. 1000 Kilogr.) pr. Januar 103 Thlr. Br.

Rübbel (pr. 1000 Kilogr.) still, loco 22% Thlr. Br., pr. Januar 22% Thlr. Br., neue Ussance 23½ Thlr. Br., Januar-Februar 22½ Thlr. Br., neue Ussance 23% Thlr. Br., Februar-März 22% Thlr. Br., neue Ussance 23½ Thlr. Br., März-April —, April-Mai 22% Thlr. Br., neue Ussance 23½ Thlr. Br., Mai-Juni neue Ussance 24 Thlr. Br., September-October neue Ussance 24½ Thlr. Br.

Spiritus\* (pr. 100 Liter à 100 %) wenig verändert, loco 17% Thlr.

Br. 17½% Thlr. Br., pr. Januar und Januar-Februar 17½% Thlr. Br. und Br. Februar-März —, April-Mai 18½—% Thlr. bezahlt, 18% Thlr. Br.

Die Borsen-Kommision.

\* locs 16 Thlr. 10 Sgr. 1 Pf. Br., 16 Thlr. — Sgr. 11 Pf. Br. pr. Januar u. Januar-Februar 16 Thlr. 10 Sgr. 1 Pf. Br. und Br., April-Mai 16 Thlr. 21 Sgr. 6 Pf. bis 16 Thlr. 19 Sgr. 3 Pf. bezahlt, 16 Thlr. 26 Sgr. 1 Pf. Br., alles 100 Quart bei 80 % Tralles.

• Breslau, 25. Januar. [Producten-Wochenbericht.] Wenn auch noch immer nicht eigentlich winterlich, war doch das Wetter in der letzten Woche merklich unfreundlicher als seit langerer Zeit und hat sich seit Donnerstag bei rauhem Winde Regen eingestellt.

Das Verpflegungsgeschäft war noch immer nicht von großer Ausdehnung, contrabist wurden einige Ladungen Gerste nach Stettin mit 2½ Thlr. per 1000 Kilogr., Bins nach Hamburg 5 Sgr. pro 50 Kilogr., nach Berlin ist die Fracht 4 Sgr. pr. 50 Kilogr. Wie die hiesigen Marktverhältnisse einmal liegen, lässt sich ein bedeutender Wasserfahrtsverkehr nicht für die nächste Zeit erwarten, zumal auch, wie schon früher bemerkt, an Schiffstraumen kein Übelnuß ist.

Das Getreide-Geschäft war in Folge schwächerer Zufuhren in fester Hal tung, das schlesische Gebirge trat wieder verstärkt als Käufer auf und waren besonders seine Qualitäten gesucht. Bei größerem Angebot wäre es wohl zu bedeuternderen Umfällen gekommen und ist es nur zu bedauern, daß die Zufuhren noch immer nicht den Umfang erreichen wie in anderen Jahren um diese Zeit; ehe dies nicht stattfindet und sich dadurch die Preise reguliiren dürfen wir auf ein regelmäßiges Geschäft uns kaum Rednung machen.

Weizen war Anfangs der Woche zwar reichlicher angeboten und bei lebhafterem Verkehr etwas nachgiebiger, bestätigte sich im weiteren Verlauf bei schwächerer Zufuhr jedoch wieder und konnte am Schluße aus Mangel an Ware nur wenig umgesetzt werden. Am heutigen Martte galt per 100 Kilogr. netto weißer 6½—9 Thlr. gelber 6½—8½ Thlr., feinstes über Notiz bezahlt, pr. diesen Monat pr. 1000 Kilogr. 85 Thlr. Br.

Rogggen bei schwächerer Zufuhr ohne nennenswerthe Umsätze und Preise für seine Qualitäten vollständig behauptet. Zu notiren ist per 100 Kilogr. 5½ bis 6% Thlr. feinstes noch darüber bezahlt.

Das Termingeschäft war so leblos wie seit langer Zeit nicht. Wenn auch Anfangs der Woche Preise unter dem Einfluß der bestens auswärtigen Verträge etwas angenommen, könnte die Verbesserung doch nicht recht behauptet werden und schließt nur der nahe Termin etwas höher als in der Vorwoche, die Ankündigungen waren nur mäßig. An heutiger Börse wurde gehandelt per 1000 Kilogr. per Jan. 57% Thlr. Br., 57½ Thlr. Br. u. Gld., April-Mai 57 Thlr. Br. u. Gld., Mai-Juni 57½ Thlr. Br.

Gerste war bei unveränderten Preisen leicht verlässlich und wurde besonders von Lieferungs-Qualität Mehrezess gehandelt; bei größerem Angebot hätten sich auch wohl größere Umsätze erzielen lassen. Zu notiren ist per 100 Kilogr. netto 4½ bis 5 Thlr., feinstes weisse 5% bis 5½ Thlr. Br., pr. 1000 Kilogr. pr. diesen Monat 52 Thlr. Geld.

Hafer besser gefragt und Preise in Folge dessen ca. 2 Sgr. höher. Am heutigen Martte wurde bezahlt per 100 Kilogr. 4%—4½ Thlr. feinstes darüber, ver. diesen Monat per 1000 Kilogr. 42 Thlr. Br., April-Mai 44½ Thlr. bez.

Hühnchenfrüchte vereinzelt mehr beachtet. Kocherbsen fester, 5—5½ Thlr. Gittererbse 4½—5 Thlr. Linsen, kleine, 4% bis 5% Thlr., große 6% bis 7% Thlr. und darüber. Bohnen, unverändert, schlesische 5½—6 Thlr., galizische 5 bis 5½ Thlr. Hoher Preis nominell 5% bis 5½ Thlr. Widen gut gefragt, 4—4½ Thlr. Lupinen gut verlässlich, gelbe 2% bis 3% Thlr., blaue 2% bis 3% Thlr. Mais wenig verändert, 5—5½ Thlr. Buchweizen 5% bis 5½ Thlr. Alles per 100 Kilogr. netto.

Kleesaat wurde besonders Anfangs der Woche sehr lebhaft gehandelt und wären vorzüglich in Roth die Umsätze wohl noch größer gewesen, wenn die Zufuhren größer gewesen wären. Die Nachfrage hiernach war besonders lebhaft und hatte einen Preisaufschlag von ¼—½ Thlr. pr. Ctr. zur Folge. Weiß war nur in seinen Qualitäten beachtet, mittlere und geringere Ware dagegen mehr vernachlässigt. Thymothee blieb leicht verlässlich, schwedische Kleesaat dagegen sehr vernachlässigt und abfallende Qualitäten fast unbekannt. Zu notieren ist per 50 Kilogr. netto weiß ordinär 12—13, mittel 14—15, feine 17—19, hochsein 20—21½ Thlr., hochordinär 10—12, mittel 13 bis 14%, feine 15—16, hochsein 16 bis 16½ Thlr. Thymothee 8—9—10% Thlr. Schwed. Kleesaat 14—16—18—22 Thlr. Gelbkleesaat 5—6 Thlr.

Dölfasaten vorherrschend in fester Stimmung und bei ungünstigerer Zufuhr Preise ca. ½ Thlr. höher, schließen jedoch matter. Am heutigen Martte galt pr. 100 Kilogr. netto Winterkaps 9%—10% Thlr., Winterkübel 8—9% Thlr., Sommerrübchen 8—9% Thlr., Leinbohnen 7½—8½ Thlr., Kaps pr. diesen Monat per 1000 Kilogr. 103 Thlr. Gld.

Haussaat wenig verändert, zu notiren ist 6 bis 6½ Thlr. per 100 Kilogr. Leinsaat zu notiren Preisen gut verlässlich. Am heutigen Martte wurde bezahlt per 100 Kilogr. 8 bis 9 Thlr., feinstes noch darüber.

Napsküchen unverändert, schlesische 72—75 Sgr., ungarische 67 bis 69 Sgr.

Leinküchen blieben offerirt, schlesische 88 bis 90 Sgr., polnische 83—86 Sgr. per 50 Kilogr.

Rübbel wurde bei fester Stimmung und ca. ¼ Thlr. höheren Preisen nur wenig umgesetzt, meist handelte es sich um Brämiengräbste. An heutiger Börse wurde notiert per 100 Kilogr. netto loco 22½ Thlr. Br., 22% Thlr. Br., per Januar 22½ Thlr. Br., neue Ussance 23½ Thlr. Br., Januar-Februar 22½ Thlr. Br., neue Ussance 23½ Thlr. Br., April-Mai 22½ Thlr. Br., neue Ussance 23½ Thlr. Br., Mai-Juni 24 Thlr. Br., September-October 24½ Thlr. Spiritus verharrete in fester Haltung, die Zufuhren bleiben andauernd

stark, die Spritfabriken sind vollauf beschäftigt für Italien und Süddeutschland, dagegen steht der Export von Rohspiritus ganzlich. Das Termingeschäft war nicht von besonders großem Umfang, nage Sichten in Folge von Reportgeschäften mehr gesucht, hingegen demgemäß spätere Termine mehr angeboten. Unter Beifall wurde gehandelt per 100 Liter loco 17% Thlr. Br., 17½% Thlr. Br., Januar und Januar-Februar 17% Thlr. Br., April-Mai 18½ bis 18% Thlr. bez. u. Br., 18½, Thlr. Gld.

Mehl bei unveränderter Preisen nur schleppender Umsatz. Zu notiren ist per 100 Kilogr. netto unveränderte Weizen 12½—12½ Thlr., Roggen sein 9½—9% Thlr., Haussaden 8½—9% Thlr., Roggen-Zuttermehl 3½ bis 3¾ Thlr., Weizenkleie 2% bis 2½ Thlr.

Kartoffelstärke bei unveränderter Preisen recht leblos und 5—5½ Thlr., Weizenstärke 8% bis 9% Thlr. per 50 Kilogr. je nach Qualität zu notiren.

Von anderer Seite geht uns folgender Bericht zu:

Breslau, 25. Januar. [Effectengeschäft.] (Per 100 Kilogramm netto.)

Weizen unverändert, weißer 7%—8% 9½ Thlr., gelber 7½—8% 8½ Thlr. — Roggen unverändert, schlesischer 5½—6½ Thlr. — Gerste fest, schlesische 4%—4½—5% Thlr. — Hafer rubig, schlesischer 4 bis 4½ bis 4½ Thlr. — Gräben ohne Geschäft, Kocherbse 5%—5½ Thlr., Zittererbse 4%—4½ Thlr. — Widen gefragt, schlesische 4—4½ Thlr.

— Bohnen rubig, schlesische 6—6½ Thlr., galizische 5%—6 Thlr. Lupinen gefragt, gelbe 2%—3% 3½ Thlr., blaue 2%—2%—3% Thlr. — Mais offerirt, 5½—5½—5½ Thlr. — Dölfasaten niedriger, Winterkaps 9—10—10½ Thlr. Winterkübel 9—9—9½ Thlr., Sommerrübchen 8%—8½—8½ Thlr. — Dölfasaten niedriger, Winterkaps 9—10—10½ Thlr. Winterkübel 9—9—9½ Thlr., Sommerrübchen 8%—8½—8½ Thlr. — Haussaden nominell, 6—6½—6½ Thlr.

(Per 50 Kilogramm.) Lupinenfest, schlesische 2% bis 2½ Thlr., ungarische 2%—2½ Thlr. — Kleesaat höher, weiße 16 bis 18—20 bis 22 Thlr., rot 14—16—17% Thlr., schwedisch 19—24 Thlr., gelb 5% bis 6½ Thlr. — Thymothee 7½—8%—9% Thlr. — Leinfaulen 2% bis 3 Thlr.

Das Geschäft verkehrte heute in sehr ruhiger Haltung bei unveränderten Preisen. Feiner Getreidevenig zugeschafft. Kleesaten fest. Dölfasaten etwas matter.

• Breslau, 25. Januar. [Buder bericht.] Das Budergefäß der vergangenen Woche hat keine Veränderung gegen die Vorwoche aufzuweisen. Das Angebot war mäßig und fand zu vorwöchentlichen Preisen Nehmer.

△ Breslau, 25. Januar. Gedarrete Cichorienwurzeln 4% Thlr. pr. 100 Pf. Gedarrete Zuckerrüben fester und etwas höher, 3 Thaler pr. 100 Pf.

Posen, 24. Januar. [Producten-Bericht von Lewin Berlin Söhne] Roggen: (pro 100 Kilogr.) geschäftsfest. Kündigungspreis 53½%.

Wahl. Januar 53½ Br., Februar 53½ Br., März 54 Br., Frühjahr 54% G., April-Mai 54% G., Juni 54% G., Juli—August 54% G., pr. 10,000 Liter % unverändert. Kündigungspreis 17½% bez. u. Br., Februar 17½% bez. u. G., März 17½% G., April 18 Br., April-Mai 18½% bez. u. G., Mai 18½ G., Juni 18½ G., August 18½ G., Juli 18½ G., September 18½ G.

Die ersten Marktberichte. Weizen: fest, pro 1050 Kilogr. feiner 88—95 Thlr., mittel 83—88 Thlr., ordinar und defect 75—80 Thlr. — Roggen in seiner Ware beachtet, pr. 1000 Kilogr. feiner 56—57 Thlr., mittel 54—55 Thlr., ordinar 52—53 Thlr. — Gerste behauptet, pr. 925 Kilogr. seine 46—47½ Thlr., mittel und ordinar 43—45 Thlr. — Hafer: fest, pr. 625 Kilogramm seiner 26—27 Thlr., mittel u. defect 24—25 Thlr. — Gräben: matt, pro 1125 Kilogramm, Koch-Gräben 53—55 Thlr., Zitter-Gräben 46—49 Thlr. — Lupinen: gefragt, pr. 1000 Kilogramm gelbe 32—35 Thlr., blaue 26—32 Thlr. — Widen: beachtet, pr. 1000 Kilogr. 40—44 Thlr. — Dölfasaten: pr.

worden, daß sich überschreiten läßt, welche Erfolge das Unternehmen gehabt hat, und welche Beiträge gewonnen worden sind. Auf Grund dieser Feststellungen wird die Gesellschaft reilen der statutenmäßigen Dotirung ihrem Reiterfond die Summe von 150,000 Thlr. zuschreiben können, es soll ferner ein Gewinn-Saldo von 80,000 Thlr. auf das Jahr 1873 übertragen werden und endlich wird eine Dividende von 24 p.c. zur Vertheilung gelangen.

A. A. C. [Preisgekrönte Baumwolle.] Mr. John G. Geiser in Jackson, Mississippi, war der glückliche Besitzer des Ballons Baumwolle, der bei der jüngsten Messe in St. Louis den Hauptpreis von 1000 Dollars davontrug. Dieser Ballon wurde dann nach Memphis und Jackson gefördert und erzielte dort ebenfalls den ersten Preis. Dieser Ballon Baumwolle ist somit von drei verschiedenen Jurys als der beste erkannt worden. Nachdem die Messe von Jackson vorüber war, sandte dessen Eigentümer den Ballon nach St. Louis zurück, wo er ihn zu 35 Cent pro Pfund an einen Herrn verkaufte, der ihn in die Wiener Weltausstellung schicken wird.

Paris, 22. Januar. [Börse.] Die Bourse trat heute wieder entschiedener auf; der Speculation ist der Mut gewichen; man will eine Besetzung in der politischen Lage erkennen, da das gestrige Votum die Unfähigkeit der Rechter, gegen die Regierung aufzutreten, dargestellt. Bedeutende Fortschritte machen indeß die Rente nicht: 2 bis 10 Cent. Italiener bleiben flau.

[Londoner Colonialwaren-Markt.] Donnerstag, 23. Januar. Zu der ruhig. — Kaffee stramm. — Tee, Reis und Züte ruhig.

Metallo: Kupfer fest, Chilli Pfd. Sterl. 88½—89, Malabar Pfd. Sterl. 95.—Kinn: ruhiger, Straits Pfd. Sterl. 146—145.—Zink fest, Pfd. Sterl. 24½.

Betroleum: flau, 1, 9½—1, 10.

Terpentin: stramm, 48.

Baumwollensamenöl: flau, flüssig.

Rüböl: ruhig, loco 40, Januar-April 40—40½.

Leinöl: ruhig, London 33, in Exportfässern 33, 6, flüssig und lauf. Monat 32, 7½—32, 9, Januar-April 33, 3—33, 6.

### Generalversammlungen.

[Altdeutscher Zuckerfabrik, Kohlenbau und Landwirtschaftliche Industrie-Gesellschaft.] Die auf den 18. Januar cr. nach Leipzig einberuhene außerordentliche Generalversammlung ist auf den 3. Februar cr. verlegt.

### Ausweise.

[Schlesische Boden-Credit-Aktien-Bank.] Der Status vom 31. Dezember 1872 befindet sich im Insolvenzheile.

Wien, 25. Januar. Staatsbahnausweis. Die Einnahmen von 15. bis 21. Januar betragen 565,443 fl., Minus gegen gleiche Woche des Vorjahrs 77257 fl.

### Eisenbahnen und Telegraphen.

Außland, 24. Januar. [Oberlausitzer Eisenbahn-Gesellschaft.] In der heute hierfür abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung der Oberlausitzer Eisenbahn-Gesellschaft (Kohlfurth-Jallenberg), in welcher 23,076 Aktien mit ebenso vielen Stimmen vertreten waren, wurde einstimmig beschlossen, die Offerte der Berlin-Anhalter Bahn wegen Betriebsübernahme abzulehnen, dagegen die Direction zu ermächtigen, mit der Leipziger-Dresdener Eisenbahn-Compagnie den Vertrag vorbehaltlich der Genehmigung der königlichen Staatsregierung abzuschließen. Im Falle dieselbe wider Erwarten vertragsweise erfolgt werden sollte, geht der Besluß dahin, den Betrieb für eigene Rechnung zu übernehmen.

### Sprechsaal.

Hochgeehrter Herr Redakteur!

Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß Ihr Sinn für Gerechtigkeit Sie veranlassen wird, die Meinungsäußerung eines Juden in Bezug auf den „Gesetzentwurf über die Vorbildung und Anstellung von Geistlichen“ nicht in den Papierkorb zu legen, wenn er diese Neuheit nicht tut, um auch ein Wort dreizureden, sondern weil eine gerechtsame Besorgnis um seine Religionsgesellschaft ihn dazu zwingt.

Der neue Gesetzentwurf schreibt für die Geistlichen, abgesehen von ihrer theologischen Qualification, ein gewisses Maß allgemeiner Bildung vor, über dessen Vorhandensein der Staat durch seine Organe sich Gewissheit verschafft. Es bezieht sich das aber nur auf die Geistlichen beider christlichen Konfessionen, die Geistlichen der Religionsgesellschaften dagegen haben das Privilegium, auch ohne den Nachweis wissenschaftlicher Vorbildung fungieren zu dürfen. Um dieses Privilegium werden wir Juden von der „Kreuzzeitung“ beneidet, welche die ihr vortrefflich zu Gesicht stehende Miene macht, als erfahre dadurch die Kirche eine Zurücksetzung hinter die Synagoge. Wäre es aber nicht recht, auch die Stimme eines Privilegierten zu hören, schon um von der Freude Act zu nehmen, die ihm sein Vorrecht macht, vielleicht auch, damit er zeigen könne, welche Unzuträglichkeiten selbst für den Staat den jüdischen Verhältnissen gegenüber daraus sich ergeben? Stellen wir erst fest, wie es jetzt tatsächlich bei Juden gehalten wird.

Seit Jahren wird jetzt in ganz Deutschland kaum ein Rabbinat besetzt mit anderen Personen als mit solchen, die nicht blos theologische, sondern auch allgemein wissenschaftliche Bildung nachweisen können. Demnach würden weder die Gemeinden noch die geheimnärtig zum Rabbineramt sich vorbereitenden Candidaten eine Einschränkung ihrer Wahlfreiheit oder eine Erschwerung ihrer Ausbildung darin sehen, wenn der Staat ein angemessenes Minimalmaß von wissenschaftlicher Vorbildung den künftigen Rabbiniern abverlangte. Es ist das auch in vielen kleineren deutschen Staaten — um nicht von auswärtigen zu reden — längst der Fall, wie beispielsweise in Bayern, Württemberg, Baden. Damit fällt denn auch der gut gemeinte Einwand der „Schlesischen Zeitung“ (Letztartikel von Nr. 39), daß die gleichen Ansprüche an die jüdischen Religionsdienner „den vielfach zerstreut lebenden Bekennern des Judentums Cultus und Lehre zur Ungebühr erschweren würden.“

Die Gemeinden haben eben schon lange sich daran gewöhnt, freiwillig diese Erschwerung auf sich zu nehmen. Die Gemeinden unterscheiden eben zwischen Religionsdienern, welche die unumgänglichsten cultuellen und rituellen Functionen üben, von Rabbiniern, an die sie selbst größere Ansprüche in Bezug auch auf allgemein wissenschaftliche Qualification stellen. Ist die Gemeinde zu klein, so besetzt sie die Religionsdienstellen mit Ausnahme des Rabbinats und wendet sich für wichtige Vorkommnisse in der Regel an einen der Rabbini der nahe liegenden größeren Gemeinden. Was überhaupt die Erschwerung betrifft, so geht meine Ansicht dahin, daß es Erleichterungen sehr schmerzlicher Art giebt, keine schmerzlicher aber, als die Erlaubnis zur Ausbildung. In meiner Knabenzeit waren die Juden der Provinz Posen von der „Laft“ frei, für das Vaterland die Waffen zu tragen. Ich weiß, welchen Schmerz dieses „Privileg“ unter meinen besser gesunden Glaubensgenossen erregte und wie freudig es begrüßt wurde, als ihm die Last aufgelegt und die Schwach abgenommen wurde. Ist es wahr, was der Herr Cultusminister als Motiv für seinen Gesetzentwurf ausgeschrieben hat, daß die allgemein wissenschaftliche Bildung der beste Schutz gegen eine einseitige und befangene Richtung sei, daß die Dresfur zu einem bestimmten Fach, ohne das Gegengewicht einer nationalen Bildung, Gleichgültigkeit gegen die Aufgaben des Staates erzeugen könnte, warum denn meinen, daß es bei einer Religionsgesellschaft, die zwar einen kleinen Procentsatz der deutschen Bevölkerung ausmacht, deren Bekennner aber in der Welt doch noch immer nach Millionen zählen, ganz gleichgültig sei, wie die Männer vorgebildet sind, die in ihr die Lehren der Religion kündigen? Wohl wahr, die nationale Gestaltung des deutschen Judentums ist eine innige und tiefe, aber eben darum möchte er nicht, sei es selbst unter dem Schein eines Privile-

giums, eine staatliche Bestimmung haben, aus der ex Gleichgültigkeit gegen seine religiöse Entwicklung heraussteht. Fassen wir noch zum Überfluß Einzelnes in's Auge. Bis vor nicht langer Zeit hatten die christlichen Geistlichen das Revisorat auch über die jüdischen Schulen aus dem formell berechtigten Grunde, weil die Rabbiner ihre wissenschaftliche Geeignetheit dem Staate gegenüber zu beweisen ja gar keine Gelegenheit haben. Gesetzgebung und Praxis haben jetzt allerdings diesen Sachverhalt altertirt. Aber in jüdischen Gemeinden kleinerer Städte wird es sich doch meist so stellen, daß der Rabbiner der geeignete Revisor für die jüdische Schule ist, und die königlichen Regierungen sind in den letzten Jahren auch vielfach dieser Sachlage entsprechend vorgegangen. Aber wäre es angemessen, den Seelsorger einer Gemeinde nachträglich ad hoc zu prüfen und gelegentlich als unwissend abzuweisen? Ich will die Fälle übergeben, wo der Staat die Mitwirkung des Rabbiners direct in seiner Eigenschaft als Geistlicher fordert, wie in Geschäften bei Schneversuchen, bei Vermahnungen behufs Abnahme von Eiden, wenn die Gegenpartei auf eine solche Aufforderung bestellt, lauter Fälle, die sich mit einer völligen Indifferenz gegen die Qualification nicht vertragen, und nur die Haupsache betonen, daß es sich um einflußreiche Lehrer von immerhin großen Gemeinschaften handelt, gegen deren Qualität man eine unberechtigte Gleichgültigkeit zur Schau trägt.

Wir Juden freuen uns, daß wir im vollen Sinne des Wortes Selbstverwaltung in unseren religiösen Angelegenheiten haben. Aber die Einschränkung der Freiheit, welche uns gebietet, als geistliche Lehrer nur solche anzustellen, welche mit ihrem theologischen Wissen eine deutsch-nationale Bildung verbinden, wollen wir uns nicht gern schenken lassen.

[Die Einwohnerzahl der größten Städte Europas.] Die 25 größten Städte Europas haben nach den neuesten statistischen Erhebungen folgende Einwohnerzahl: London 3,800,000; Paris 1,850,000; Konstantinopel 1,075,000; Wien mit Vorstädten 900,000; Berlin 830,000; St. Petersburg 670,000; Liverpool 520,000; Manchester mit Salford 500,000; Glasgow 470,000; Neapel 440,000; Moskau 400,000; Birmingham 370,000; Lyon 324,000; Dublin 320,000; Madrid 318,000; Brüssel mit Vorstädten 318,000; Mailand 312,000; Pest-Oszen 280,000; Amsterdam 280,000; Leeds 260,000; Lissabon 260,000; Warschau 250,000; Hamburg 236,000; Rom 226,000; Turin 210,000; Breslau 208,000.

New-York, 2. Januar. [Ein Gaunerstückchen.] Amerikanische Blätter erzählen folgendes Gaunerstückchen: „Ein Fremder, welcher an einem Laden in Detroit vorüber kam, betrachtete aufmerksam einen vor demselben hängenden Rock, sprang aber plötzlich von demselben zurück. „Wollen Sie den Rock kaufen?“ fragte der Händler. „Ganz und gar nicht“, erwiderte der Mann. „Armer John! Ich erinnere mich noch ganz gut, daß er den Rock an demselben Tage trug, an dem er die Blätter bekam.“ Der Mann ging fort, während der aus Angst schwitzende Kleiderhändler von Herzen wünschte, den Rock verkaufen zu können, und wenn es auch noch so billig sei. Als nach einiger Zeit der Verbündete des Schlaufkops erschien, bekam er den Rock, der internen Brüdern zehn Dollars wert war, für einen Dollar.“

### Briefkästen der Redaktion.

—y. Wir können erst darüber urtheilen, wenn das Material in unseren Händen ist.

### Telegraphische Depeschen.

[Aus Wolffs Telegr.-Bureau.]

Berlin, 25. Januar. Das Abgeordnetenhaus nimmt den Antrag Bonin's an, die Aenderung der Prüfung der höheren Verwaltungsbeamten betreffend, und erledigt den Statut des Staatsministeriums bis auf den Bureauetat desselben. Auf die Anfrage Laskers bei der Beratung des Staats des auswärtigen Ministeriums, ob jeder Staatsminister, abgesehen von seinem Ressort, für die hohe Politik des Staates eintritt, erklärt Bismarck: Jeder Minister ist zweitlich zu betrachten hinsichtlich der Wirksamkeit seines Ressorts und hinsichtlich der Unterstützung der Politik des Gesamtministeriums; so sprach sich auch das Staatsministerium dahin aus, daß, wenn das landwirtschaftliche Ministerium auch keine großen Geschäfte haben sollte, doch die Mitwirkung des landwirtschaftlichen Ministers als Staatsminister wünschenswert sei. Bezüglich der jüngsten Vorgänge hebt Bismarck hervor: Meine Arbeitslast war zu groß, da meine Gesundheit schwächer geworden und mir in Abeten ein bedeutender Helfer starb. Der preußische Ministerpräsident hat viel Verantwortung und wenig mehr persönlichen Einfluss als andere Minister; er muß sich fortwährend seinen Einstuf eringen, und fortwährend eine angepannte Verantwortlichkeit für alle Regierungsmaßregeln tragen, ohne daß der Einfluss der Stellung dazu im Verhältniß stand; es war für meine Nerven unerträglich. Ein Divergenz zwischen dem Reichskanzler und dem preußischen Ministerium ist unmöglich. Mein Bleiben im preußischen Cabinet beweist, daß ich eben das Ministerium unterstützen will, nur für die weniger fruchtbaren Arbeiten eines Theils der formalen Verantwortlichkeit entlastet; an einer Veränderung der Richtung bei dem eingetreteten Wechsel im Ministerium ist nicht zu denken; solches hätte ich niemals zugelassen. Das auswärtige Ministerium würde im Staat besser Ministerium für Reichangelegenheiten heißen. Der Statut des auswärtigen Ministeriums ist notwendig zur Unterhaltung der Beziehungen mit dem Reich, welche die bisher vom Landtag gebilligten bleiben sollen. Auf eine Entgegnung Brechows erwidert Bismarck: Die Möglichkeit eines nicht preußischen Reichskanzlers halte ich ebenso für ausgeschlossen, wie die Besorgnisse Preußens vor einem übermäßig starken Reich. Die Einheit des Reichs und Preußens liegt im Kaiser-Könige, nicht in der Einheit des Reichskanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten. Bei dem mir allseitig gezeigten Entgegenkommen war die Einheit für einen Mannes Arbeitskraft zu groß. Von Tisonianen zwischen mir und den übrigen Ministern ist keine Rede. Der jeweile Ministerpräsident ist mein ältester Colleague, zu welchem ich wie zu wenig anderen das Vertrauen hatte, daß er das Präsidium nicht im Gegensatz zu mir übernehmen würde. Die Minister aus der Majorität zu nehmen geht nur an, wo constante und compacte Majoritäten existieren; im heutigen England auch nicht mehr. Bei uns ist nur ein gouvernmentales, um meine volle Herzensempfindung auszusprechen, ein königliches Ministerium möglich, das nach der gouvernmentalen Neigung des Monarchen bald mit der einen, bald mit der andern Partei gehen kann. Ich bin nicht als Duxer von Intriquen aus dem Ministerium gedrängt, ich mußte Roos lange um die Annahme des mühseligen Amtes bitten, nur des Kaisers Wort, das nie eindrucksvoll auf den alten Soldaten ist, führte Roos' endliche Annahme herbei. Der Statut des auswärtigen Ministeriums wird genehmigt.

Das Abgeordnetenhaus erledigte ferner die zweite Berathung des Staats des Justizministers. Von den Resolutionen der Commission auf schleunigste Schaffung der deutschen Gerichtsorganisation, und Vereinigung der beiden höchsten preußischen Gerichte, wurde die erste unter dem Widerspruch des Centrums angenommen. Nachdem der Justizminister eine Gesetzvorlage in letzterer Beziehung zugesagt, in ersterer hervorgehoben hatte, daß er über die Conferenzen nähere Mittheilung nicht machen könne, in Folge derselben liege die nothwendig gewordene Umarbeitung der ursprünglichen Vorlagen jetzt dem Bundesrath vor.

Berlin, 25. Januar. Die „Nordd. A. B.“ teilt mit, daß der Reichstag wegen vielfach ersterer Aufgaben Anfang März zusammentrete. Die vermutliche Collision mit dem preußischen Landtag sei eine Schwierigkeit, nicht eine Unmöglichkeit. Der Reichstag sei unauffindbar. Wir müssen uns an den Gedanken gewöhnen, daß das Reich die Vorhand hat. Von Preußen giebt: Noblesse oblige. Grade wir Preußen wollen damit das Beispiel geben, daß uns in erster Linie Deutschland steht, in zweiter Linie Preußen. Das alle Wort bewahre sich: Deutschland über Alles!

Die „Nordd. A. B.“ meint: Die Besetzung des Gesandtschaftsvostens am italienischen Hofe werde nicht vereinzelt erfolgen, sondern in Verbindung mit anderen Personalfragen des diplomatischen Corps, dem ein formelles Recitement bevorstehe. Dies habe aber zur Voraussetzung die definitive Regulirung der Stellung des Staatssekretärs, wozu die budgetmäßige Feststellung von Seiten des Reichstages notwendig sei.

Berlin, 25. Januar. Die Rede Bismarcks, welcher bei dem heutigen Erscheinen in der Sitzung des Abgeordnetenhauses sehr lebhaft berührt wurde, hat durch die Betonung des Nichtvorhandenseins von Missionen im preußischen Ministerium großen Eindruck gemacht. Heute findet bei demselben ein parlamentarisches Diner statt.

Wien, 25. Januar. Die „Österreichische Correspondenz“ meldet: Nach einer vorläufigen Andeutung wird der Anfang des deutschen Kaiser in Wien in der ersten Hälfte des Juni entgegesehen, und scheint es unzweifelhaft, daß gleichzeitig auch der russische Kaiser hier eintrifft.

London, 25. Januar. Einer Meldung der „Times“ aus Paris folge acceptire Frankreich und Italien das Schiedsrichteramt Österreichs in der Lauronfrage; im Weigerungsfall würden die Gesandten abberufen. Der kaiserliche Prinz begibt sich am Montag nach Wörlitz. Dem Schah von Persien ist dem Vernehmen nach der Buckinghampalast zur Verfügung gestellt worden.

London, 25. Januar. Die „Times“ schreibt: Sie habe Grund zur Annahme, daß die Versicherung des russischen Annehmers, wonach zwischen England und Russland keine erhebliche Meinungsverschiedenheit über die Ansichungen in der central-asiatischen Frage herrschen im Wesentlichen correct sei. Die „Times“ bestätigt die Unterhandlungen, bezeichnet aber die Behauptung des Reichsanzigers, daß die Angelegenheit in eine neue Phase eingetreten sei, als zu weit gehend. Schwalloffs Sendung und der verschnelle Ton der russischen Presse ließen eine bestiedigende Lösung der Grenzfrage hoffen, England müsse auf der Unabhängigkeit Persiens und Afghanistans bestehen.

New-York, 24. Januar. Der Comiteebericht des Repräsentantenhauses über die Berathung der durch den Spruch des Genfer Schiedsgerichts bestimmten Summe hebt hervor: Die Summe ist der Gesamtheit der Vereinigten Staaten, nicht Privatpersonen zugesprochen, für Verstärkung der Güter seien als Entschädigung höchstens 10 Millionen Dollars zu bewilligen, der Rest stecke nach Verfestigung sonstiger Reclamationen in den Staatsgeschäfzen.

### Telegraphische Course und Börsennachrichten.

[Aus Wolffs Telegr.-Bureau.]

Berlin, 25. Januar, 12 Uhr 10 Min. Mittags. [Anfangs-Course.] Credit-Aktionen 203½. 1860er Loos 96%. Staatsbahnen 203%. Lombarden 116. Italiener 64%. Türk. — Amerikaner 97%. Rumänen 43%. Galizier — Köln-Mindener Loos — Fest.

Weizen: 82, April — Mai 82%. Roggen: Januar 57, April-Mai 55%. Rüböl: Januar 22%. April-Mai 23%. Spiritus Januar 18, April-Mai 18, 20.

Berlin, 25. Januar, 2 Uhr 40 Min. Nachm. [Schluß-Course.] — Fest.

(1. Depesche) vom 25.	24.	(2. Depesche) vom 25.	24.
Bundes-Anleihe . . . . .	—	Mainzer . . . . .	175
Bro. preus. Anleihe —	—	Rechte O.-Uf.-St.-A. 127½	127½
4½ pr. preus. Anleihe 101% 101%	101%	Rechte O.-Uf.-St.-Pr. 124½	124½
3½ pr. Staatschuld 89% 89%	89%	Welschau-Bien. 86%	86%
Posener Pfandbriefe 90% 91	91	Destier. 1864er Loos 92%	92%
Schlesische Rente 94 94	94	Russ. Präm.-Anl. 1866 128%	128%
Lombarden . . . . 116½ 116	116	Russ.-Poln.-Schagol. 75%	75%
Destier. Staatsbahn 204 204	204	Böhm. Pfandbriefe 76%	76%
Destier. Credit-Aktion 204 203	203	Böhm. Liq.-Pfandbr. 65%	65%